

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 85 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4668) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Bestellgeld.

**Redaktion:** Tauchaer Str. 19/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
**Telephon** 2721.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Anserte** werden die 5spaltige Beilage oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beilage ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer fest 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertage geschlossen.

## Die sächsischen Finanzen in amtlicher Beleuchtung.

Leipzig, 18. November.

In der Denkschrift über die Weiterführung der Reform der direkten Steuern, die die Regierung dem Gesetzentwurf über die Steuerreform beigegeben hat, läßt sich die Regierung auch ausführlich aus über die Notwendigkeit einer dauernden Vermehrung der Staatseinnahmen. In der Denkschrift wird zunächst der erste Reformplan der Regierung von 1897/98 und die Gründe erwähnt, die zu einer Ablehnung führten. Dann heißt es, rascher und in weit größerem Umfange, als noch vor vier Jahren erwartet werden konnte, habe sich in dem Verhältnis der Staatsausgaben zu den Staatseinnahmen ein Umschwung vollzogen, der auf die Dauer berechnete Maßnahmen zur Wiederherstellung gesunder Zustände in der Staatsfinanzwirtschaft gebieterisch fordere. Es ist sehr interessant zu hören, wie sich die finanzielle Lage des Landes im Lichte der amtlichen Denkschrift darstellt.

Die Staatsbedürfnisse sind nicht nur naturgemäß infolge des immerwährenden Wachstums der Bevölkerung gestiegen, sondern es sind auch sprungweise weitere Erhöhungen des Staatsbedarfs eingetreten, die den ordentlichen Etat auf die Dauer belasten, und weitere derartige Erhöhungen stehen unmittelbar bevor oder lassen sich für die nächstliegende Zukunft voraussehen. Ueber diese Bedürfnisse erfahren wir nun aus der Denkschrift folgendes.

Die Beihilfen aus der Staatskasse zu den Alterszulagen der Lehrer belasten den Etat seit Beginn der laufenden Finanzperiode mit 2 Millionen jährlich. Im Etat für 1902/03 steigt dieser Betrag bereits um 212 000 Mk. und wird in künftigen Perioden noch höher steigen. Noch größere dauernde Ausgaben haben ihren Ursprung in der Zunahme der Verschuldung des Staates, die gerade in den letzten Jahren einen großen Umfang angenommen hat. Die Anleihen haben sich in den zwei letzten Finanzperioden um 222 Millionen vermehrt. „Dabei stehen noch gewaltige, auf den außerordentlichen Etat zu weisende, also aus Anleihemitteln zu bestreitende Ausgaben bevor, so daß für die nächste Zukunft mit einer weiteren Vermehrung der Rentenschuld um mehr als 100 Millionen gerechnet werden muß.“ Die beiden Anleihen von 1898 und 1900 im Gesamtbetrag von 222 Mill. Mark beschweren den ordentlichen Etat mit 8 880 000 Mk. und eine weitere Anleihe von 100 Millionen erfordert weitere 4 Millionen, so daß der ordentliche Etat um 12 880 000 Mk. durch die Zinsen der letzte Anleihe und der nächsten belastet wird. Die Wohnungsgeldzuschüsse erfordern für

den nächsten Etat rund 6 Millionen Mark, welche Summe in den nächsten Jahren noch steigen wird.

Diese drei Posten erfordern gegen den Stand von vor vier Jahren allein schon ein dauerndes Mehrerfordernis von 21 Millionen Mark. „In diesen 21 Millionen tritt aber noch ein beträchtliches weiteres Mehrerfordernis hinzu, wenn man zu der rationelleren Wirtschaft früherer Perioden zurückkehren will, indem man die Tilgungsquote der 1876er Rente an 245 Mill. Mark wiederum auf 1 Prozent anstatt jetzt 1/2 Prozent erhöht und die seit 1894/95 auf den außerordentlichen Etat verweisenen, regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben für Bauten zu unproduktiven Zwecken wiederum in den ordentlichen Etat einstellt.“

Die Erhöhung der Tilgungsquote der 1876er Rente würde 1 225 000 Mark, und die Einstellung der zuletzt erwähnten Ausgaben nach dem Durchschnitt der letzten drei Finanzperioden etwa 7 250 000 Mark erfordern. Beide Posten zusammen würden 8 1/2 Millionen ausmachen und die oben herausgerechneten 21 Millionen auf 29 1/2 Millionen erhöhen. Das natürliche Ansteigen der Ausgaben auf allen Gebieten der Staatsverwaltung wird für eine Finanzperiode mit 3 Millionen Mark berechnet. Daraus ergibt sich gegen den Stand von vor vier Jahren ein dauernder Mehrbedarf von 6 Millionen und für die nächste Finanzperiode von 9 Millionen. „Um zu einer völligen Gesundung in unseren Finanzverhältnissen zu gelangen, würden daher für die nächste Finanzperiode rund 38 1/2 Millionen Mark mehr erforderlich als noch vor vier Jahren zur Verfügung standen.“

Dieses gewaltige Mehrerfordernis findet zum Teil Deckung in der Entwicklung der hauptsächlichsten Einnahmequellen des Staates, nämlich aus den Forsten, Eisenbahnen, Steuern und Gerichtskosten. Vergleicht man die bezüglichen Posten im Etat für 1902/03 mit denen im Etat 1896/97, so ergeben diese Posten einen Mehrertrag von 13 307 826 Mark. Wird diese Mehreinnahme von dem mit 38 1/2 Mill. ermittelten Mehrerfordernisse abgerechnet, so verbleibt ein noch ungedeckter Betrag von 25 200 000 Mark. Dieser Betrag wird sich für die Finanzperiode 1904/05 durch die natürliche Steigerung der Ausgaben um 3 Millionen Mark erhöhen. Dieser letztere Betrag dürfte aber durch die Mehreinnahmen ausgeglichen werden. Da in dem vorliegenden Etat die Einnahmen aus den Staatsbahnen wegen der Krise niedriger angesetzt worden sind, so dürfte die dauernde Vermehrung der Staatseinnahmen auf 3 Millionen Mark berechnet und aus diesem Betrag der herausgerechnete Fehlbetrag von 25,2 Millionen sich noch verringern, so daß ein Betrag von 22,2 Millionen übrig bliebe, um den eine dauernde Vermehrung der Staatseinnahmen als erwünscht

zu bezeichnen wäre, damit eine auskömmliche Dotierung der Staatskasse für einen längeren Zeitraum hinaus sicher gestellt werde.

Wollte man nun dieses Mehr von 22,2 Millionen Mark durch direkte Steuern aufbringen, so würde ein Steuerzuschlag von 76,5 Prozent nötig sein. Ein solcher Zuschlag würde aber zu schwer empfunden werden, und so sieht sich die Regierung vor die Notwendigkeit der Erwägung gestellt, „ob nicht mindestens für die nächste Zukunft eine Abmilderung des berechneten Mehrerfordernisses in Aussicht genommen werden könne. In dieser Richtung bietet sich nur der Ausweg dar, die mit in Rechnung gestellte Wiedererhöhung der Tilgungsquote für die 1876er Anleihe und die Wiedereinstellung der einmaligen Ausgaben für Bauten zu unproduktiven Zwecken in den ordentlichen Etat vorläufig auf bessere Zeiten zu verschieben.“

Wenn also mit der Pump- und Deficitwirtschaft der letzten Jahre gebrochen und eine geordnete und geordnete Finanzwirtschaft wieder hergestellt werden soll, so wäre in der laufenden Finanzperiode ein Steuerzuschlag von fast 77 Prozent nötig. Da aber den Steuerzahlern eine solche Zumutung nicht gestellt werden kann, so muß eben mit der bisherigen, einer geordneten Finanzwirtschaft widersprechenden Politik fortgefahren werden bis bessere Zeiten kommen.

Bis bessere Zeiten kommen! Wenn nur die Regierung darauf rechnen könnte. Aber diese Zeiten sind für immer vorbei. Wenn die Regierung ein Mehr von 38 1/2 Millionen Mark als notwendig bezeichnet, um zu geordneten Finanzverhältnissen zurückzukehren, so ist sie gewiß eher hinter dem notwendigen Bedürfnis zurückgeblieben, als darüber hinausgegangen. Hierzu kommt aber noch, daß das finanzielle Verhältnis der Bundesstaaten zum Reiche sich immer ungünstiger gestaltet. Die Bundesstaaten erhalten jetzt nicht nur nichts mehr aus dem Reiche, sondern müssen sogar noch zahlen. Die Denkschrift sagt selbst, die Hoffnung, daß sich das in Zukunft wieder einmal ändern könne, beruhe auf der Erinnerung an die Vergangenheit, in der die Bundesstaaten nicht unerhebliche Zuwendungen vom Reiche erhielten, lasse aber die veränderte Gestaltung der Verhältnisse im Reiche außer Betracht, die eine Wiederkehr derartiger Zuwendungen ausschließen. „Nach einer Reihe von Jahren mit immer steigenden Zuwendungen aus dem Reiche hörten diese vor acht Jahren plötzlich auf, begannen dann wieder in sehr abgeschwächtem Maße zu fließen und haben seit drei Jahren immer steigenden Herauszahlungen aus Landesmitteln an das Reich Platz gemacht. Die früheren großen Zuwendungen aus dem Reiche erscheinen jetzt als ein längst verflissener Genuß mit sehr bitteren Nach-

## Seuilleton.

### Eva.

Von Carl Ewald.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. H. v. Lent.

Dort war Schutz und ruhiges Wasser, und während er beschauete, ruhte er auf den Nudeln aus. Eva faßte die Zweige und zog das Boot ganz in das Laub hinein. Hier sei Schutz genug vor dem Regen, sagte sie lächelnd. Hier wolle sie noch ein paar Minuten bleiben, zu Hause sei es so langweilig. Er könne ja ans Land springen und längs des Eisenbahndammes nach Hause gehen, wenn er Lust dazu hätte.

Aber dazu hatte er keine Lust, und so zog er seinen Rock wieder an und kroch unter das Laub. Die Regentropfen wurden größer und schwerer und schlugen an die Blätter über ihren Köpfen; sie aber saßen geschützt und angenehm, und die wenigen Minuten wurden zu vielen. „Können Sie sich an das Bild erinnern von den zwei Kindern unter dem Umpferblatt?“ fragte sie lächelnd.

„An das erinnere ich mich gut! Sie gehen in Regen und Sturm über die Heide. Das Umpferblatt ist hier und die Kinder auch, aber glücklicherweise haben wir das Haus in der Nähe. Sie würden sich in ihrem eleganten Kleide auf der Heide kaum wohl fühlen.“

„Alles in allem genommen halten Sie mich natürlich für eine Pariser Puppe wie alle anderen Damen?“ fragte sie kokett, bereute es aber in demselben Augenblick und sagte ernst hinzu: „Ich scheue die Einsamkeit nicht, das

können Sie glauben! Ich suche sie oft, aber sie ist schwer zu finden.“

Er bemerkte ihre Koketterie ebensowenig als die ganze nervöse Gemütsstimmung, in der sie sich befand. Dazu war er zu wenig gewohnt, mit gebildeten Damen umzugehen. Aber er freute sich über das Beisammensein mit ihr, über ihr helles, lustiges Lachen und dachte nur wenig über ihre Worte nach.

„Ich weiß nicht, wie es sich mit Ihnen verhält!“ erwiderte er. „Sie sind eine der elegantesten Damen, die ich hier gesehen habe, aber Sie tragen Ihren Staat anders, als die übrigen. Sie denken selbst nicht daran, daß sie prächtig gekleidet sind, und ich bin überzeugt, Sie könnten Ihr Pariser Kleid ohne einen Seufzer ablegen und Fries anziehen. So habe ich auch bemerkt, daß Sie nie eine Dame von Kopf bis zum Fuß messen, wenn sie das Zimmer betritt. Diesen Blick hasse ich.“

Sie wurde — wie schon mehrmals — durch seine Naivetät überrast, die seine Aufmerksamkeit auf ein paar Einzelheiten lenkte, und dann frischweg bei dem übrigen stehen blieb. Sie dachte, wie ihm so ganz das instinktmäßige Verständnis bedeutender Kleinigkeiten, die schlagfertige Auffassungsgabe und Geschmeidigkeit fehlten, welche die Luft im Tanzsaal würzten. Sie fühlte sich wunderbar ergriffen von dem ein wenig schwerfälligen Ernst, der über sein ganzes Thun und Lassen ausgebreitet war, von der Hochachtung, die er dem Weibe in ihr im großen wie im kleinen sollte. Alle Waffen, die sie zu gebrauchen pflegte, wenn sie in den früheren Tagen ihres lustigen Schmettelingslebens Cerule hielt, rosteten jetzt in ihrem Behälter. Sie konnte sie ihm gegenüber nicht anwenden, und sie fühlte, daß dies auch nicht erforderlich war.

Und so wurde es ihr klar, daß sie ihn kaum der Beachtung gewürdigt hätte, wenn sie ihn in dem Laubel ihres früheren gesellschaftlichen Lebens angetroffen. Sie begriff, daß der Ernst, der so rauch in ihr Leben eingetreten war, die Ursache jener Sympathie würde, die jetzt beide verknüpfte.

„Na — Sie gehen also herum und machen Beobachtungen?“ sagte sie kurz darauf. „Ja, Ihr guten Männer seid drei Viertel des Tages von Geschäften in Anspruch genommen, und den Rest braucht Ihr, uns arme Weiber zu kritisieren. Ich möchte wissen, was wir uns vornehmen sollten, wenn wir nicht unsere Toilette hätten.“

„Das Weib hat die Zukunft vor sich!“ erwiderte er. „Bekomme ich jemals Söhne, so bedauere ich diese voh ganzem Herzen — die Töchter werden schon durchkommen.“

Sie kamen, wie jederzeit, wenn sie plauderten, auf die modernen sozialen Fragen zurück, und sie warf ihm, wie gewöhnlich, vor, daß er sich dort oben in Rußland begäube, anstatt an der großen Arbeit Anteil zu nehmen.

Aber sie war heftiger als gewöhnlich. Die frühere Idee — sie könne es ihrem Gelehrten ver danken, daß sie zu beurteilen verstand, was ihr in seiner Erscheinung begegnet war — fuhr ihr neuerdings durch den Kopf. Alles, was von Leidenschaft und Jugend und Lebenslust in ihr war, empörte sich bei dem Gedanken, daß ihr Unglück ihr jetzt die Pforte des Paradieses verschließen sollte.

Er hielt ja selbst am Weibe fest, er verfocht ja immer ihre Sache — so sollte er auch dazu gebracht werden, seine Anschauung durch Thaten zu beweisen. Sie wollte ihn wieder und wieder mahnen und erinnern, und konnte wohl Worte dafür finden — sie, die ihren e

w e h e n , insofern wir den Intentionen gemäß, auf welchen jene Zuwendungen beruhen, im Vertrauen auf die Fortdauer der letzteren zahlreiche dauernde Lasten, namentlich zu Gunsten der Schule, auf unseren Etat übernommen haben, für welche jetzt die Deckung fehlt und für die wir nun aus Landesmitteln aufkommen müssen. Doch nicht genug damit, beginnen auch in neuester Zeit die direkten Belastungen der Bundesstaaten durch das Reich in Gestalt von durch Ueberweisungen nicht gedeckten Matricularbeiträgen immer größere Dimensionen anzunehmen. Die Belastung, die Sachsen aus der Verschiebung des finanziellen Verhältnisses zu dem Reiche erwächst, ist bei der bisherigen Berechnung des notwendigen Mehrbedarfs von 38 1/2 Millionen gar nicht in Anrechnung gebracht worden. Für die Zukunft rechnet die Regierung auch gar nicht mit einer solchen Belastung, weil sie sich auf eine Reichsfinanzreform versteift, die das Reich auf eigene Füße stellt und die Bundesstaaten vom Reiche unabhängig macht. Vorläufig ist aber für eine solche Reichsfinanzreform, die zu wünschen wir keinen Grund haben, noch keine Aussicht, und es muß deshalb mit den bestehenden Verhältnissen gerechnet werden. Für das Jahr 1900 haben wir nun nicht weniger als 2329 000 Mk. an das Reich herauszahlen müssen, und im laufenden Jahre wird sich dieser Betrag sicher noch bedeutend erhöhen. Bisher konnten und für die nächste Zeit können diese Herauszahlungen noch aus dem aus früheren Perioden angesammelten sogenannten Ueberweisungssteuerfonds, der gegenwärtig noch einen Bestand von 4308 000 Mk. aufweist, gedeckt werden. Aber wie, wenn dieser winzige Fonds aufgebraucht ist? Dann wird der ordentliche Etat um neue Millionen belastet werden müssen und neue Steuern werden notwendig.

So stellt sich die finanzielle Lage Sachsens nach der Ansicht der Regierung dar, bei der alle Aufwendungen für Kulturzwecke, wie sie so oft von den Sozialdemokraten in den früheren Landtagen gefordert worden sind, völlig außer Anfsatz geblieben sind.

Dieser Ueberblick über die finanzielle Lage läßt erkennen, wie faul es um unsere Staatsfinanzen steht. Er wird uns zeigen, wie unzureichend die durch die Steuerreform angestrebten Deckungsmittel sind.

**Politische Uebersicht.**

**Parismus und Stadtverwaltung.**

Unser russischer Mitarbeiter schreibt uns: Wir haben schon Gelegenheit gehabt, an dieser Stelle auf das Schicksal der Selbstverwaltung in Rußland hinzuweisen. In den letzten Jahren sind immer wieder neue Projekte über Abänderung der bestehenden Selbstverwaltungskörper aufgetaucht, die, wie es hieß, von der Regierung geprüft wurden und deren Verwirklichung man als nahe bevorstehend bezeichnete. Das Ideal einer überzähligen Staatsmaschinerie schwebt der Regierung klar vor Augen, nur scheint es ihr etwas zu gewagt zu sein, mit den Traditionen der liberalen Epoche der sechziger Jahre auf einmal zu brechen. Stünd für Stünd hat sie das zerstört, was in der russischen Staatsgeschichte noch als lichter Punkt fortglänzte, die letzten dreißig Jahre des alten Jahrhunderts vergingen in dem Zerstoren dessen, was die paar Jahre Ende der fünfziger und Anfang der sechziger geschaffen hatten. Das liberale Schulsystem der fünfziger Jahre wurde von den Drillanstalten der siebziger und achtziger Jahre verdrängt, den Kreisländerparlamenten (Semstwo) legte man schon alsbald nach ihrer Einführung den Maulkorb an, sie waren aber der Regierung noch immer nicht hindisch genug gemitt, immer neue Einschränkungen folgten, so daß sie gegenwärtig einen halbtoten Körper darstellen, dem mit Leichtigkeit auch das letzte Lebensklein auszulöschen ist. Nehulich, wenn auch nicht gar so schlimm, ging es der Kommunalverwaltung der Städte. Auch sie ist Ueänderungen unterworfen worden, doch hat man ihr gegenüber etwas mehr Gnade gezeigt. Das ist wenigstens über das Selbstbesteuereungsrecht der Städte zu sagen, welches den Semtwos durch das Gesetz vom 12. Juni vorigen Jahres fast gänzlich illusorisch gemacht worden ist. Daß die Kreisländerparlamenten nahe ihrem Ende sind und daß von

der Regierung bereits die Frage erörtert wird, wie am besten ihnen den Gnadenstoß zu versetzen, darüber schien im allgemeinen kein Zweifel zu bestehen, daß aber auch der gegenwärtigen Städteordnung eilig der Sarg ausgemacht werden sollte, das schien nicht in der Absicht der Regierung zu liegen. Als hierüber vor einigen Wochen zum erstenmal verschiedene Nachrichten ans Tageslicht kamen, da stand man diesen ziemlich skeptisch gegenüber. Das Unglaubliche ist aber zur Wirklichkeit geworden, denn die Regierung hat zur Beseitigung der jetzigen Städteordnung bereits Schritte eingeleitet. Welcher Art die Umgestaltung, die zuerst in den Hauptstädten Moskau und Petersburg vorgenommen werden soll, in den Einzelheiten sein wird, darüber ist man noch ziemlich im unklaren, denn die Regierung hüllt ihre Pläne in tiefes Dunkel. Soviel steht aber fest: Das sogenannte Stadtrat (Stadtträt) soll künftighin in größere Abhängigkeit von den Gouvernementsbehörden gebracht werden, die Verordnetenversammlung soll zu einem machtlosen Anhängel des Stadtrates herabgedrückt werden, sie werde zu allen Fragen sich nur principiell äußern dürfen. Die Verstärkung des bürokratischen Einflusses soll in den Hauptstädten soweit zum Ausdruck kommen, daß die ganze Kommunalverwaltung zur leeren Phrase wird. Das Wahlprincip soll darin ganz aufgehoben werden und die gesamte Petersburger Stadthausverwaltung geht an eine rein bürokratische Körperschaft über. Das ist die eine Version, die andere lautet, die städtische Vertretung werde wohl beibehalten werden, aber die Zahl der Stadtverordneten, die gegenwärtig 160 beträgt, soll auf 80 gekürzt werden. Die Versammlungen der Stadtvertretung sollen künftighin nicht mehr das ganze Jahr hindurch stattfinden, sondern saisonweise; der Stadtrat wird zur Hälfte von den Stadtverordneten gewählt, zur Hälfte aus Regierungsbeamten bestehen; der Bürgermeister (Stadthaupt) wird von der Krone eingesetzt und die Rechte des Stadtrates erfahren starke Erweiterung. Die jetzigen Beamten der Stadtverwaltung werden durch neue aus dem Ministerium des Innern ersetzt sowie die ganze Verwaltung der unmittelbaren Aufsicht des Ministers unterstellt. Man glaubt, daß die zweite Version den Plan der Regierung am getreuesten wiedergebe.

Den Tschinowniks aber die Haushaltung der Städte übergeben, heißt dem Diebstahl Thür und Thor öffnen. Wenn die gegenwärtige Stadtverfassung auch nur die Masse der Hauseigentümer und Industriellen zur Sprache kommen läßt und die Mehrzahl der Bürger von der Teilnahme an den Stadtgeschäften ausschließt, so ist doch ein gewisses kontrollierendes Institut in dem intelligenten Teil der Stadtverordneten geschaffen, der bei jeder Gelegenheit die Uebel in dem Gang der Stadtangelegenheiten zu geißeln sucht und der dank seiner Intelligenz auch Zugang in den Stadtrat findet. Jetzt, wo der Stadtrat in der Mehrheit aus Anhängen der Regierung besteht und in der Macht des Stadthauptes liegen wird, allen Dingen die von der Regierung gewünschte Richtung zu geben, sinken die Stadtverordnetenversammlungen fast zu einem reinen Dekorationsstück herab. Ueberrascht hat alle die Eiligkeit, mit der die Regierung an die Ausführung ihres Planes herangetreten ist. Ende dieses Jahres sollten Stadtverordnetenwahlen in Petersburg stattfinden, schon waren einige Vorarbeiten dazu in Angriff genommen, als der Stadtrat plötzlich durch den Stadtgouverneur den allerhöchsten Befehl zugestellt erhielt, die Neuwahlen aufzuschieben. Zu gleicher Zeit ist eine Regierungskommission eingesetzt worden, die die neue Städteordnung in der kürzesten Zeit ausarbeiten soll, so daß das Projekt noch in dieser Session im Reichsrat zur Beschlußfassung kommen kann. Man hat in diesem überraschend eiligen Vorgehen der Regierung eine Mitwirkung der letzten Geschehnisse, in der Berliner Selbstverwaltung sehen wollen; selbst in der lokalen Presse sind dahin leise Andeutungen gemacht worden. Der Regierung hat wohl ihr krankhaftes Gehirn schon ähnliche Vorahnungen vorgegaukelt und Kopfschmerzen über sie zu den Waffen gekürzt. Wie dem auch sei, Tatsache bleibt, daß in derselben Zeit, wo in Berlin diesen Herbst die ersten Konflikte mit der Krone zur Sprache kommen, die Regierung in größter Hast das Zerstückelungsstück in Bewegung setzte. Der Despotismus leidet eben an Verfolgungswahn.

Nach Beendigung der „Reorganisation“ — dies der cenfurfähige Titel — der Städteordnung, soll, wie die re-

aktionäre Presse jubelnd zu melden weiß, auch an die Enthauptung der Semtwos geschritten werden. Auch ihnen soll das Recht genommen werden, ihr Exekutivorgan aus ihrer Mitte zu wählen; seine Funktionen werden an Staatsbeamte übertragen. Die Reaktion wachet sich, nachdem sie eine Weile sich gebückt hatte, wieder breitet. Die Regierung scheint die Februar- und Märzereignisse vergessen zu haben, mit Woll dampf rennt sie neuen Katastrophen entgegen.

**Deutsches Reich.**

**Ein Brief Theodor Mommsens.**

Der kleine Spahn ist unversehens eine sehr wichtige Persönlichkeit gewesen. Der deutsche Kaiser hat bekanntlich durch ein Telegramm für ihn demonstriert. Nun veröffentlicht ein Kaiser im Reiche der Wissenschaft, Theodor Mommsen, in der Münchener Neuesten Nachrichten einen Brief, der sich gleichfalls mit der Affaire Spahn beschäftigt, aber zu wesentlich anderen Ergebnissen gelangt, als das Kaisertelegramm. Der berühmte Historiker schreibt:

Es geht durch die deutschen Universitätskreise das Gefühl der Degradierung. Unser Lebensnerv ist die voraussetzungslose Forschung, tiefenartige Forschung, die nicht das findet, was sie nach Zweckermäßigungen und Rücksichtnahmen finden soll und finden möchte, was anderen, außerhalb der Wissenschaft liegenden praktischen Zielen dient, sondern was logisch und historisch dem gewissenhaften Forscher als das richtige erscheint, in ein Wort zusammengefaßt: die Wahrhaftigkeit. — Auf der Wahrhaftigkeit beruht unsere Selbstachtung, unsere Standeshöhe, unser Einfluß auf die Jugend. Auf ihr ruht die deutsche Wissenschaft, die das ihrige beigetragen hat zu der Größe und der Macht des deutschen Volkes. Wer daran rührt, der führt die Art gegen den mächtigen Baum, in dessen Schatten und Schutz wir leben, dessen Früchte die Welt erfreuen.

Ein solcher Angriff ist jede Anstellung eines Universitätslehrers, dessen Forschungsfreiheit Sanktionen gezogen werden. Abgesehen von den theologischen Fakultäten ist der Konfessionsalismus der Lobfeind des Universitätswesens. Die Berufung eines Historikers oder eines Philosophen, der katholisch sein muß, oder protestantisch sein muß, und welcher dieser seiner Konfession dienbar sein soll, heißt doch nichts anderes, als den also Berufenen verpflichten, seiner Arbeit da Grenzen zu setzen, wo die Ergebnisse einem konfessionellen Dogma unbequem werden könnten, dem protestantischen Historiker verbieten, das gewaltige Geisteswerk des Papsttums in volles Licht zu legen, dem katholischen, die tiefen Gedanken und ungeheure Bedeutung des Regiments und des Protestantismus zu würdigen. In dem kläglichen Armutzeugnis, das die Konfessionen damit sich selbst ausstellen, wenn sie ihren Anhängern verbieten, Geschichte oder Philosophie bei einem Lehrer anderer Konfession zu hören, und gegen etwaige Irrlehren das Mittel der Ehrenverfälschung vorordnen, liegt zugleich eine der Allgemeinheit drohende Gefahr. In seinen Anfängen ist der Krebschaden heilbar; späterhin ist er es nicht mehr.

Herrn Professor Mommsen geht es freilich, wie so oft den Herren von der historischen Wissenschaft. Den Blick für die Gegenwart hat er ganz verloren, und er bekämpft als beglückten heilbaren Krebschaden, was längst ein eingewurzelter Uebel geworden ist. Der Dienst des Hohenzollernregiments, besonders der Dienst des Fußregiments, beeinträchtigt die freie Forschung nicht minder als der Dienst der Kirche. Professor Mommsen scheint sich wirklich in den Traum eingelassen zu haben, daß es vor der Ernennung Spahns für die Forschungsfreiheit der Lehrer an den Universitäten Preußen-Deutschlands keine Schranken gegeben hat.

Die Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlichen nun auch ein Zustimmung- und Dankschreiben, das 84 Professoren der Münchener Universität an Mommsen gerichtet haben. In Preußen aber bleiben die Professoren still. Sollten sie ihre „Forschungsfreiheit“ nicht gefährdet fühlen?

\* Berlin, 18. November. Auf eine Auflösung des Reichstags sowie des preussischen Landtags glaubt die Deutsche Tageszeitung ihre Gesinnungsgenossen vorbereiten zu müssen. Bis vor kurzer Zeit sei für solche Annahmen keine ausreichende Veranlassung gewesen. Neuerdings habe die Sache „ein anderes Gesicht“ gewonnen.

Zu Mitgliedern des Kolonialrates sind außer den bisherigen neu ernannt: Der Prinz von Löwenstein-Wertheim, der General von Poser und Groß-Madlik, der Geh. Bergrat Schweißer, Direktor der Bergakademie, Dr. Schoeller und Professor Dr. Hans Meyer in Leipzig. Damit ist die festgesetzte Zahl von 40 Mitgliedern erreicht.

Wie der Berliner Sozialzeiger angeblich zuverlässig mitteilen kann, beträgt der Fehlbetrag nach dem inzwischen im Bundesrat eingegangenen Etatsgesetz 80,2 Millionen Mark.

Prozeß führte, wo es nichts geringeres als das Leben galt.

Sie geriet in solche Erregung, daß es endlich doch seine Aufmerksamkeit wachrief. Aber sie gewahrte nichts, fuhr fort vom Unrecht und von der Unterjochung zu reden, vom Mißverhältnis zwischen der Strafe und dem Vergehen, der Ungerechtigkeit, die darin liege, daß alles auf das Weib gewälzt werde, während der Mann mit Recht das Ganze oder den größten Teil auf sich nehmen sollte. Sie fuhr fort, bis sie ihn zufällig ansah — gerade hinein in ein Paar große, verwunderte Augen mit einem Ausdruck, den sie früher nicht bemerkt hatte, und der sie mit plötzlicher Angst erfüllte.

„Hätten die Frauen immer und überall so hübsche und beredte Anwälte wie Sie, dann wäre ihr Sieg gewiß!“

Es war das erste Mal in dem halben Jahre, seitdem sie einander kannten, daß er ihr ein Kompliment gemacht hatte. Sie verstand wohl, was dies bedeutete, und es gab ihr einen Ruck. In diesem Augenblick fühlte sie, daß, wenn sie jetzt seine Verwunderung bis zum Zweifel oder Verdacht steigerte, sie Gelegenheit hätte zu dem Versuche, das Verhältnis auf neuer Grundlage — der einzig wahren — aufzubauen. Sie war mit sich selbst im Reinen, daß sie ihn nicht betrogen wollte, und daß sie die Gelegenheit benützen müsse, um sich die letzte große Demütigung zu ersparen, die kommen würde und mußte. Sie hatte eine unbeschreiblich klare Vorahnung, daß der Himmel ihr die Gelegenheit, die sie gesucht, gesandt hätte.

Aber sie durfte es nicht wagen. Sie durfte nicht alles aufs Spiel setzen, um vielleicht alles zu gewinnen. Sie zog es vor, die Augen zu schließen und das Glück eines Blicks zu retten, selbst auf die Gefahr hin, es für

die langen Jahre der Zukunft zu verlieren. Indes fühlte sie selbst ganz gut, was sie that, und verwünschte ihre Feigheit. Ihre Heiterkeit, die jetzt so viel mehr zu verdecken hatte, wurde noch fieberhafter; es wurde ihr nicht schwer, ihn zu täuschen und den unklaren, aber unangenehmen Eindruck zu verwischen, den ihre Worte auf ihn gemacht hatten. Sie fühlte, wie nie zuvor, was der ehrliche, treuherzige Mann, der vor ihr saß, wert war. Das Blut kaskierte in ihren Ohren, und sie wußte kaum, was sie sagte.

„Wer ist das, der dort oben auf dem Damm geht?“ fragte er.

Sie bog die Zweige seitwärts und schaute hinaus. „Es ist der Vater!“ sagte sie mit einem Seufzer der Erleichterung, herzlich froh, aus einer Situation zu kommen, die ihr Herz zerriß und der ein Ende zu machen sie nicht die Kraft besaß.

Es war richtig der Etatsrat, der in seiner dünnen Hankingjacke, die er während der Fischtour angehabt hatte, einherwatschelte. Ab und zu stand er still und schaute durch ein Theater-Doppelglas über den See hin, während er zugleich verzweifelte Versuche machte, seinen Ent-tout-cas im Winde aufrecht zu halten. Dann machte der Wind kurzen Prozeß und stülpte das Parapluie mit einem Stoß um, indem er gleichzeitig die Jacke über den Kopf ihres Trägers drehte. Der Rat hielt mit beiden Händen Hut, Fernglas und Regenschirm fest, während er verzweifelt dem Winde trotzte und versuchte, sich von seiner irregulären Kopfbedeckung zu befreien.

Der Förster wollte ans Land springen und ihm helfen. Aber Eva hielt ihn zurück und sagte lächelnd:

„Sie müssen das nicht, Herr Hansen! Er soll gestraft werden, wenn er wider alle Verabredung hinausläuft und mir nachschaut. Genießen Sie vielmehr die Situation

und schauen Sie Papa an! Sie werden in diesem Augenblicke in eins unserer tiefsten Familiengeheimnisse eingeweiht.“

„Und das ist?“  
„Vaters Fledweste! Sie ist das älteste Stück Tuch im Hause. Jeden Winter wird in ihren Rücken ein Stück eingeseht und dasselbe jeden Sommer wieder herausgetrennt, denn der Vater nimmt im Sommer an Gewicht nicht wenig ab. Der Fleck an der Weste ist oftmals erneuert worden, aber der Rücken stammt aus alter Zeit! Vater behauptet, daß ihm keine andere Weste ordentlich paßt.“

Der Förster lachte, und inzwischen war der Etatsrat mit dem Winde zurecht gekommen und ging näher zu ihnen herab.

„Galten wir uns jetzt versteckt, so lange wir können!“ sagte Eva.

Dann ging es los mit „Kuckuck!“ und „Kuckuck!“ in allen möglichen Tonarten. Der Etatsrat wendete und drehte sich und schaute durch das Fernglas nach allen vier Weltenden, konnte aber nichts entdecken. So setzte Eva zuletzt ihren Hut einem der Ruder auf und steckte dies zwischen den Zweigen hinaus; so war das Rätsel gelöst.

„Lob und Teufel, liebe Kinder! Liegt Ihr da und haltet einen alten Mann und obendrein eine Persönlichkeit von Rang zum Narren. Ihr müßt ja bis auf die Haut naß sein? Ich hatte vielleicht geglaubt, daß die russischen Förster ganz anders besonnene Leute seien. Jetzt schnell nach Hause mit Euch! Aber laßt mich ins Boot hinunter kommen! Ich will meiner Seele nach Hause gerudert werden zur Vergeltung dafür, daß ich draußen gewesen bin und Euch nachgeschaut habe!“

(Fortsetzung folgt.)

f. Der Hunnenzug als Prachtwerk. Wie das Militär- wochenblatt in seiner Nummer 99 mitteilt, wird die Kunst- verlagsanstalt von August Bagel in Düsseldorf den Hunnenzug in einem illustrierten Prachtwerk, das „nur“ 30 Mk. kosten soll, veröffentlichen. Eigentlich würde sich die deutsche Hunnenfahrt zwar viel besser zu einem „Heldengedicht“ von der Art Blumauer's eignen, aber da nun einmal ein Prachtwerk beliebt wird, so gestatten wir uns einige Vorschläge. Recht hübsch würde sich eine naturgetreue Illustration der bisher von niemand ab- gezeichneten Hinrichtung von circa 80 „Bozern“ am 26. August 1900 machen. Auch eine getreue Photographie der mit- genommenen Sternwartinstrumente, darunter die Blindenungs- paragrafen des Reichsmilitärstrafgesetzbuches, wäre nicht über- flüssig. Ebenso sollten die Briefe Boyroux und der mit dem roten Adlerorden geschmückte Hauptmann von Feilich nicht vergessen werden. Wie übrigens das Militärwochenblatt betriebl. bemerkt, kann das Prachtwerk leider bis Weihnachten nicht mehr fertig- gestellt werden. Na, thut nichts; dann kommt es halt an Fälschung heraus. Da paßt es auch ganz famos hin.

Der falsche Sühneprinz. Wenn man dem Reichsboten glauben darf, so hat die chinesische Botschaft ein Nachspiel ge- funden, das an grotesker Komik, alles übertrifft, was bisher geleistet wurde. Man denke nur: Prinz Tschun, der Sühne- prinz, der nicht den Kolan machen wollte und der schließlich mit dem roten Adler geschmückt nach Hause dampfte, soll gar kein Prinz gewesen sein, sondern irgend ein anderer gelber Feinder, vielleicht heimwärts ein Kuli, dem die Kunst des Theaterspiels mit so hohen Preisen gelohnt worden ist. Aus Kreisen, die die chinesischen Verhältnisse aus eigener An- schauung kennen, wird dem Reichsboten geschrieben:

Es sind nach dieser Richtung zwei Punkte aufgefallen. Erstens, daß unser Prinz Tschun von dem ihn überall führenden bew. hochmündenden neuen chinesischen Gesandten öfters in einer Weise behandelt worden ist, die mit den fast göttlichen Ehren, die in China der Bruder des Kaisers als „Zweiter Kaiser“ — so ist sein offizieller Titel — genießt, kontrastiert, und sojann die Hautfarbe des Prinzen, die das gewöhnliche chinesische Volksgelb war, während die hohen Mandarins durch ihre Raffinerie, den fast stehenden Aufenthalt in geschlossenen Sälen eine viel lichtere, feinere, etwas kränklische Färbung besitzen sollen.

Es gehört schon bald eine gewisse Grausamkeit dazu, der deutschen Diplomatie das Mittelid zu verjagen, deren tödliche Blamagen sie Ende nehmen wollen.

Der Breschener Schulkrawall vor Gericht. Ein Kapitel aus der Germanisationsgeschichte in Preussisch-Polen spielte sich in vergangener Woche vor der Strafkammer in G u e s e n ab. Unter der Anklage des Landfriedensbruchs hatten sich 26 männ- liche und weibliche Personen zu verantworten. Der ganze Prozeß ist ein Symptom der grenzenlosen Erbitterung, die in Polen gegen die preussisch-polnische Germanisierungswirtschaft herrscht. Der Kampf gegen die gewalttätige Verdeutschung wird von der Bevölkerung auf allen Gebieten, nicht zum wenigsten auf dem der Schule, geführt; die Kinder weigern sich, ihnen vorgesprochene deutsche Worte nachzusprechen, deutsche Schul- aufgaben anzufertigen und den deutschen Religionsunterricht entgegenzunehmen, und sie setzen diese Weigerung allen Ab- scheinungen und Zwangsmitteln der Schule zum Trotz fort. Die Erwachsenen mischen sich ein, sammeln sich vor dem Schul- haus an und nehmen eine drohende Haltung ein; man holt die Polizei, es kommt zum Zusammenstoß und — der Landfriedens- bruch ist fertig. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die körperlichen Züchtigungen weit über das zulässige Maß hinausgegangen seien; die Kinder waren auf Veranlassung des Kreis- schulinpektors blau und blutrunstig geschlagen worden. Dieser Kreis- schulinpektor, der die ganze Schulaktion mit verächtlicher Schneidigkeit geleitet hat, machte vor Gericht der Polizei den Vorwurf, diese habe sich der Situation nicht ge- wachsen gezeigt; der Wachmeister sei der Aufforderung, blank zu gehen, nicht nachgekommen u. s. w. Auf den geistigen Habitus der Bevölkerung wirkt die Feststellung ein Licht, welche am dritten Verhandlungstage zur Sprache kam, daß nämlich die unteren Volksschichten glaubten, Jesus Christus und der Papst sprächen polnisch. Dieser holdselige Aberglaube ist, wie sich von selbst versteht, das Werk der katholischen Pfaffen. Der Erzbischof hatte in einem Schreiben an den Vorsitzenden zum Ausdruck gebracht, daß er gegen die Erteilung von Religionsunterricht in der deutschen Sprache selbst dann sei, wenn die polnischen Kinder die deutsche Sprache befehrten. Die Verhandlung, welche auf beiden Seiten, bei den „Germani- soloren“ ebenso gut wie bei den Polen, einen bedauerlichen Tiefstand der Kampfmethode konstatiert hat, ist auf Dienstag verlag worden.

n. Königsberg. Bei den Stadtverordnetenwahlen hat am Donnerstag zum erstenmal die Sozialdemokratie in recht er- freulicher Weise abgeschnitten. Bisher sah nur ein Sozial- demokrat in der Stadtverordnetenversammlung, und der war gewählt, weil die Gegner ihre Stimmen zerstückelt hatten. Jetzt sind drei Sozialdemokraten im ersten Wahlgange gewählt worden, in einem Bezirk stehen zwei Genossen miteinander in der Stichwahl, so daß ein viertes Mandat sicher ist. Bei den fünf Stich- wahlen, an denen unsere Partei beteiligt ist, ist auf die Ge- winnung eines weiteren Mandats zu rechnen. Die Liberalen, die bisher die Stadtverordnetenversammlung befehrten, haben aus eigener Kraft nicht ein einziges Mandat gewonnen. Sie können sehr zufrieden sein, wenn unsere Genossen sie gegen konservativ-junkerrliche Kandidaten unterstützen, von denen sie in einem Bezirk hart bedrängt werden. Der Erfolg der Königs- berger Genossen ist deshalb besonders hoch anzuschlagen, weil sie bei den Stadtverordnetenwahlen mit sehr ungünstigen Ver- hältnissen zu rechnen haben. Gegen 75 Prozent aller Wähler zahlen keine Steuern, die Zahl der Wähler, die unsere Ge- nossen sind, ist deshalb auch in der dritten Abteilung sehr gering. Durch geschickte Wahlkreiseinteilung war der Besitzstand der Liberalen aufs beste geschützt. Die Strafen waren so geschickt zusammengelegt, daß die Stimmen aus Arbeitervierteln nach Möglichkeit aufgezogen wurden durch die Stimmen der Be- sitzenden. Zu alledem war bei der letzten Aufstellung der Wählerlisten eine „Säuberung“ vorgenommen, die uns viele Wähler kostete. Intensivste Agitation hat alle Rücken und Tüden des herrschenden Klüngels zu nichte gemacht.

Kleine politische Nachrichten. Die Danziger Allgemeine Zeitung meldet, daß der im dortigen Militärgefängnis internierte Pragerer Martens kürzlich wieder vernommen worden ist. Zum Revisionsverfahren wird ihm kein Offizialverteidiger zur Seite gestellt werden, auch wird Martens schon jetzt seine Sache durch einen eigenen Anwalt vertreten lassen. — Studenten in Madrid ver- anstalteten am Sonnabend eine Kundgebung, wobei Straßenbahn- wagen mit Steinen beworfen und mehrere Passagiere verletzt wurden. Ungefähr 600 Studenten durchzogen die Straßen unter Abjungen der Marzellaise und Schmährufen gegen den Gouverneur und die Regierung.

Oesterreich-Ungarn. Ein Geschworenentheil.

p. h. Wien, 16. November. In der letzten Zeit hat sich, im Anschluß an das feierliche Versprechen des Herrn v. Koerber, eine Reform des österreichischen Pressrechtes durchzuführen, eine lebhafte Diskussion über die Frage entpunden, ob die Aburteilung von durch die Presse begangenen Vergehen den Geschworenen zu belassen oder den Erkenntnisgerichten, d. h. Senaten von Berufs- richtern zuzuwenden sei, und es wurde bei dieser Gelegenheit der Wert von Geschworenengerichten sogar von sozialistischer Seite in Frage gestellt (ich verweise nur auf den Artikel in der Novembernummer der Sozialistischen Monatshefte über Justiz und Politik in Oesterreich). Begründet wurde diese Stellung- nahme hauptsächlich mit dem mitunter direkt brutal hervor- tretenden Klassencharakter der Geschworenen im allgemeinen, der starken Parteinahme z. B. der Wiener Geschworenen für die christlichsoziale Partei im besondern.

Man darf deshalb immer noch auf dem Standpunkt stehen, daß trotz dieser Erscheinungen die Geschworenen in ihrem Tätigkeitssphäre nicht eingekringt werden dürfen und es wird sich jeder Zeit, wenn das Wunderbare geschehen sollte, daß ein österreichischer Premier sein Wort hält, resp. halten kann, d. h. wenn der Pressereformversuch vorliegen wird, Gelegenheit finden, darüber ausführlich zu sprechen; heute sei nur von einem Ge- schworenentheil die Rede, das in der That zum schärfsten Tadel herausfordert.

Ein in wenigen Jahren durch Terrain speculationen reich gewordenen Bauunternehmer Höraudner hatte einem unehelichen Kinde durch Zurechtweisung des Vormundschaftsgerichtes einen anderen, ganz unbeteiligten — es war ein mittelalter kleiner Beamter — als Vater unterschoben und dadurch sein Kind um die höhere Alimentation, die er hätte zahlen müssen, gebracht; des Betrages angeklagt, wurde er von den Geschworenen mit 8 gegen 4 Stimmen freigesprochen. Die Motive aber zu diesem, das Rechtsbewußtsein entschieden verletzenden Urteil finden wir angedeutet in der Rede des Verteidigers, der in seiner Rede sagte, das Recht zur Erforschung der unehelichen Vaterchaft beruhe auf einem alten Gesetz und die Ordnung und Ruhe der Familie müsse geschützt werden vor dem un- ehelichen Kinde.

Das alte Gesetz ist das bürgerliche Gesetzbuch, das aller- dings aus dem Jahre 1811 stammt; aber so alt es auch sein mag, der Widerspruch über die Rechte der unehelichen Kinder zeugt von einem Gerechtigkeitsgefühl und Empfinden für diese armen Geschöpfe, wie es heute noch keineswegs allgemein zu finden ist; so alt das Gesetz auch ist, es ist für die unehelichen Kinder viel günstiger als das etwa gleichzeitige französische oder das beinahe 90 Jahre jüngere deutsche Gesetzbuch. Aber die Ge- schworenen sind alle aufrechte Bürger, lauter kräftige Gesellschafts- stützen, Bodenwäander, Fleiß- und Vordränger; jeder denkt sich, so was wie ein uneheliches Kind erzeugen, das kann mir jeden Tag passieren, wozu haben wir denn unsere Arbeiterinnen und unsere Dienstmädchen? Und die Jury ging hin und stellte allen Vätern, die ihre unehelichen Kinder betrügen wollen, einen Freidrief aus.

Es ist ein Klassenurteil schlimmster Sorte: die Verführte war eine von Höraudner wirtschaftlich abhängige Person — und die Geschworenen werden in der That nicht viele solche Urteile mehr fällen können, ohne einen Sturm des Unwillens gegen sich herauszubekommen.

Niemand kann es den Geschworenen übelnehmen, wenn sie sich, um Härten des Gesetzes auszugleichen, über seinen Wort- laut und sogar über seinen Geist hinwegsetzen; sie sind eben Volksrichter, die nach Billigkeit urteilen, sollten es wenigstens sein und sie könnten es auch sein, wenn das erfüllt wäre, was in unserem Programm gefordert wird: Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. Dann käme wirklich das Volk auf die Geschworenensitze und nicht eine kleine Clique von Mastbürgern, die gegen die ärmeren Bevölkerungsschichten keine Spur von Rechtsgefühl haben.

Unsere sozial-politisch gebildeten Juristen reden und schreiben es seit Jahr und Tag: unsere Gesetze sind veraltet, sind schlecht, sie müssen geändert werden; und die Geschworenen ändern sie auch, soweit es in ihrer Macht steht, aber sie ändern sie nach rückwärts, in vergangene Jahrzehnte zurück. Es geschieht unseren Sozialreformern ganz recht: warum werfen sie auch ihre kritischen Reformvorschläge vor die — Wiener Geschworenen?

Zulassung der Frauen zum landwirtschaftlichen Studium.

Wien, 16. November. Einer Korrespondenz zufolge sollte das Professorenkollegium der Wiener Hochschule für Boden- kultur einstimmig den Beschluß auf Zulassung der Frauen als ordentliche und außerordentliche Hörerinnen. In Ausführung dieses Beschlusses wird an das Unterrichtsministerium eine Petition gerichtet um den baldigen Erlaß einer Verordnung betreffend Regelung des Frauenstudiums an dieser Hochschule.

Frankreich.

Eine Reform auf dem Papier. — Ministerielle Ordnungsthat.

(.) Paris, 16. November. Das Schutzesetz für die Eisenbahner, über dessen Geschichte ich kürzlich geschrieben, ist nun von der Deputiertenkammer votiert worden, und zwar in der Fassung des alten, Ende 1897 von ihr bereits votierten Entwurfes, der diesmal als Gegen- entwurf zu demjenigen der Kommission zur Verhandlung kam. Die Hauptbestimmungen der Reform sind: der Zeh- nst u n d e n t a g, ununterbrochene Ruhe von mindestens zehn Stunden zwischen zwei Arbeitsperioden und einige andere Bestimmungen zur wirksamen Sicherstellung des Zehn- stundentages, ferner die Einführung der proportio- nalen Alterspension, damit die Pensionsbeiträge der von den Gesellschaften vor dem pensionsberechtigten Alter entlassenen Arbeiter nicht verloren gehen.

Sind aber die Eisenbahner jetzt ihrer Sache sicher? Mit- nichten! Was nach dem Stammervotum von 1897 geschah, wird jetzt desto sicherer eintreten als die gegenwärtige Regierung den traurigen „Mit“ hatte, die Reform in der Kammer zu bekämpfen. Namens der Regierung sprach diesmal nicht der Arbeitsminister B a u d i n, der die Re- form im Senat bekämpft hatte, und in dessen Ressort der Gegenstand gehört, sondern der Finanzminister C a i l l a u y. Er malte das Defizit an die Wand, daß durch die Reform weiter answellen würde. Die Eisenbahngesellschaften be- haupten nämlich, daß die Reform für sie eine Mehrausgabe von über 60 Millionen zur Folge haben würde, was dann infolge der vom Staate den Bahnkönigen garantierten Dividenden-Minimums eben der Staatskasse zur Last fallen würde. Die Angaben der Bahngesellschaften aber sind für den Finanzminister der Inbegriff der Wahrheit. Der Ur- heber des votierten Entwurfes, B e r t e a u y, verwies dem-

gegenüber, daß die von den Gesellschaften angegebene Mehr- ausgabe fast das d o p p e l t e ihrer bisherigen bezüglichen Ausgaben beträgt. Das allein beweist schon das Schwindel- hafte ihrer Angaben.

Die Reform wurde diesmal nicht, wie 1897 unter dem Kabinett M e l i n e, nahezu einstimmig, sondern nur mit 327 gegen 200 Stimmen votiert. Dies war die Folge des „wahrhaften Mutes“, ob dessen der Finanzminister vom medizinischen-Blatt Journal des Debats belobigt wird. Eine weitere Folge der arbeiterfeindlichen Haltung der Regierung wird sein die sichere Ablehnung der Reform durch den Senat.

Die Kammer hat zwar ausdrücklich (mit 314 gegen 31 Stimmen) die Regierung „eingeladen, den votierten Geset- entwurf in kürzester Frist vor dem Senat zu verteidigen“. Aber die Regierung wird dieser „Einladung“ keine Folge leisten. Sie kann sich ja unmöglich selber Lügen strafen, ihre eigenen Argumente gegen die Reform vor dem Senat widerlegen. Die etwas ungewöhnliche „Einladung“ hätte von der Regierung eigentlich abgelehnt werden sollen, aber sie zog es vor, zu — schweigen. W a l d e c - R o u s s e a u hatte sogar vorsichtig den Sitzungssaal vor dem heißen Votum verlassen. Zu derartigen Mitteln greift bereits die alternde Regierung, um ihre in jeder Beziehung un- w a h r h a f t i g gewordene Existenz zu verlängern! . . .

Genosse B a i l l a n d e t, der suspendierte Bürgermeister von Bourges, ist nun vom Ministerium e n d g ü l t i g v o m A m t e e n t h o b e n. Es sei erinnert, daß die Ursache der Maßregelung eine Versammlungs-Ansprache ist, worin die Rekruten aufgefordert wurden, nicht auf streikende Arbeiter zu schießen. Mit der Amtsenthebung unseres Genossen er- füllt die Regierung einen heißen Wunsch der kapitalistischen und nationalistisch-chauvinistischen Parteien, die über die Erfolge der antimilitaristischen Propaganda im Namen des Geldsacks, der Armee und des Patriotismus zetern.

Genosse B a i l l a n t wird die Regierung über ihre neueste Ordnungsthat interpellieren.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Aus Valenciennes wird berichtet, daß in drei Gruben des Bassins von Denain die Arbeiter in den Ausstand getreten sind. Wie den Abendblättern aus Lens gemeldet wird, beträgt die Anzahl der ausländigen Arbeiter in Denain 2300, in Belleue 400; die Gesamtzahl der im Kohlenrevier von Anzin beschäftigten Bergarbeiter beträgt 15000.

Eine Versammlung der Bergarbeiter in Carmaux beschloß, den Streik zu vertagen, bis die Vorschläge der Regierung zwecks Besserstellung der Arbeiter ihre parlamentarische Er- ledigung gefunden haben; doch soll, wenn die berechtigten Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt bleiben, unverzüglich zum Ausstand geschritten werden.

In Lens referierte gestern, Sonntag, der Deputierte B a s i l y über die Beschlüsse der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Dover. Danach erklärten die belgischen Vertreter, daß sich das Komitee des belgischen Bergarbeiterverbandes nicht an der Be- wegung der französischen Bergarbeiter beteiligen wolle. Die deutschen und österreichischen Vertreter wiesen darauf hin, daß ein allgemeiner Ausstand sowohl für die deutschen und öster- reichischen, wie für die französischen Bergarbeiter ein großes Unglück sein würde. Die englischen Vertreter sprachen sich dahin aus, daß sie nicht glaubten, die Förderung in genügender Weisg einschränken zu können, um die Einfuhr von Kohlen nach Frank- reich zu verhindern.

Niederlande.

Das Programm der neuen Regierung.

Haag, 16. November. In schriftlicher Verantwortung eines Berichtes des Bureaus der Kammer zum Budget erklärt die Regierung, sie wünche in der südafrikanischen Frage für den Augenblick die Politik der Neutralität zu wahren, welche, wie sie glaube, ihr gegenüber den Kriegführenden unerbillig durch die Notwendigkeit vorgezeichnet sei. Dementsprechend sei sie verpflichtet, den durch das Völkerrecht im Falle eines Krieges den neutralen Mächten auferlegten Verpflichtungen in peinlichster Weise nachzukommen. Niemand könne indes von der Regierung verlangen, daß sie deswegen die blutüberwandte holländische Bevölkerung in Südafrika aus den Augen verliere. Die Re- gierung werde daher immer auf dem Posten sein, um keine gute Gelegenheit zu veräumen, die sich ihr biete, um für die Aufrechterhaltung des Völkerrechts und die Wiederherstellung des Friedens einzutreten. Ministerpräsident Kuyper protestiert gegen die Behauptung, daß er als Deputierter die frühere Regierung zu irgend einem Vorgehen gegen England habe auf- reizen wollen, er habe es vielmehr stets abgelehnt, an irgend einer derartigen Versammlung teilzunehmen oder derartige Petitionen an die Königin zu befürworten. Die Regierung erkärt weiter, sie beabsichtige nicht, schutzöllnerische Maßnahmen vorzuschlagen, sie werde vielmehr darüber wachen, daß keine Parteilichkeit und keine Uebertreibung vorkomme. Der Finanz- minister spricht die Hoffnung aus, einen Tarif einbringen zu können, durch welchen bedeutende Vorteile für den Staatschatz erreicht und andererseits der nationale Wohlstand gefördert werde.

Belgien.

Der Wahlrechtskampf.

so. Der Kampf um das allgemeine gleiche Wahl- recht ist eröffnet durch eine Massenversammlung in Brüssel, in welcher sozialistische und radikale Redner das Wort nahmen. Die Führer der Radikalen bekundeten große Entschlossenheit: „Das gleiche Wahlrecht wird in die Kammer eintreten, ent- weder durch die Thüren oder durch die Fenster, und diejenigen, welche sich dagegen wehren, müssen entweder durch die Thüren oder durch die Fenster entweichen.“ Auch der bekannte christlich- demokratische Abbé Daens war anwesend.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Began, 17. November. In einer vom Bürgermeister Heydemann geleiteten Versammlung „Königs- und reichstreuere Wähler“ wurde die Gründung eines vaterländischen Wahlvereins beschlossen. Der Verein zählt bis jetzt 140 Mitglieder. — Bekanntlich soll Herr v. Frege, der Vertreter des 14. sächsischen Wahlkreises, die Absicht geäußert haben, nicht nur vom Vicepräsidium des Reichstages, sondern vom parlamentarischen Leben überhaupt zurückzutreten zu wollen. Danach würde also Herr v. Frege beabsichtigen, sein Reichstags- mandat niederzulegen. Soll vielleicht die Gründung des vaterländischen Wahlvereins in Began eine Vorbereitung zu der bevorstehenden Erbgewahl sein?

Hierzu zwei Beilagen.

# Wahlverein Leipzig-Stadt.

Dienstag den 19. November abends 1/9 Uhr

## Oeffentliche Versammlung im Pantheon, Dresdener Straße.

Tagesordnung: 1. Moderne Klassenkampfstrategie. Referent: Genosse Julius Motteler. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen des Vorstandes.

Die reichen Erfahrungen, die der Referent in hervorragender Parteistellung während seines jahrzehntelangen Aufenthaltes in der Schweiz und in England gesammelt, befähigen ihn wie keinen anderen, über dieses hochwichtige und zeitgemäße Thema zu sprechen.

Jedermann hat Zutritt!

Zahlreichen Besuch erwartet

[10398]

Der Vorstand.

# Verein Vorwärts L.-Süd.

Dienstag den 19. November abends 1/9 Uhr

## General-Versammlung

im Saale des Gambrinus zu L.-Connewitz.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht, Bericht der Revisoren. Zu allen Punkten Diskussion. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren. 4. Anträge und Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agitieren. Eintritt nur gegen Mitgliedskarte.

10565]

Der Vorstand.

# Metallarbeiter.

Die Urabstimmung über die Person des 2. Bevollmächtigten, vorbehaltlich seiner Bestätigung, hat der Vorstand vom 15. bis incl. 30. Novbr. a. c. angeordnet. Wahlkonverts und Stimmentzettel sind bei Neide, Windmühlenstr. 11, I. zu entnehmen.

Ebenfalls sind auch Programme zu der am 1. Dezbr. vorm. 1/11 Uhr im Felsenkeller stattfindenden Matinee zu haben. Preis 20 Pfg. Diese Veranstaltung hat den Zweck, den Kunstsinn unserer Kollegen zu pflegen und zu wecken.

[10457]

## Warme Winter-Kleidung

Winter-Paletots für Herren	von 8.50-39 Mk.
Winter-Mäntel	" " " 15-27 "
Winter-Anzüge	" " " 18 1/2-33 "
Rock-Anzüge	" " " 22-36 "
Winter-Hosen	" " " 3-12 "
Winter-Joppen	" " " 4 1/2-15 "
Knaben-Mäntel	" " " 2 1/2-9 "
Knaben-Anzüge	" " " 2 1/4-9 "

**Strickjacken, Unterhosen**  
und  
**Arbeitergarderoben**  
in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

# S. Joseph

Plagwitz [10184] Reudnitz  
Bischoversche Straße 53. Dresdener Straße 33.  
27 Hauptstr. 27. Leutzsch 27 Hauptstr. 27.  
Gelegenheitskäufe in Schuhwaren.

## M. Kemski

6 Nürnberger Straße 6



1 neue Uhr-Feder, 1. Güte 75 Pfg.  
1 neue Uhr-Stapel . . . 10 Pfg.  
1 neues Uhr-Glas . . . 10 Pfg.  
1 neuer Uhr-Ring . . . 10 Pfg.  
1 neuer Uhr-Relier . . . 10 Pfg.  
1 neuer Uhr-Schlüssel . . . 5 Pfg.

### Neue Uhren

in größter Auswahl, genau reguliert.  
Abonnenten dieser Zeitung erhalten noch 10% Rabatt.

## M. Kemski

6 Nürnberger Straße 6.

## Herm. Kraft

Nuerbachs Hof.



Puppenwagen  
Sportwagen  
Niesenauswahl v. 1.50 Mk. an  
Puppenbettchen  
Puppenstühle  
Nestens  
Triumphstühle von 2.50 Mk.  
Nestens umlegbarer Kinderstuhl von 4.- Mk.  
Blumentische, Korbstühle  
Kleiderbügel von 2.50 Mk.

Empfehle sämtliche  
**Gummi-Waren**  
zur Wachen- und Krankenpflege.  
Carl Klose, Leipzig, Brühl 5.

Warzen und Gewüchse  
beseitigt: Ernst Ulrich, Barbier  
Ede Rolle- und Brandvorwerfer.

[10544]

## 30 Tage zur Probe!



BRILLANT  
FABRIK-MARKEN

verfenbet  
die Stahlwarenfabrik und  
Versandhaus I. Bauges  
von  
**Gebrüder Rauh**  
Gräfrath b. Solingen  
eine hochfeine, kräftige  
**Herren-Nickel-Uhrkette**

ganze Länge 27 cm wie Zeichnung unter Garantie  
stets weißbleibend mit Glücksanhänger (Perlmutter  
mit Emaille-Kleeblatt) modernes Façon zum Preise  
von nur Mk. 1.40 franko. 2 Buchstaben in das  
Perlmutter des Anhängers eingraviert berechnen mit  
nur 10 Pfg.  
Sollte vorstehendes Muster nicht gefallen, so  
bitten wir nach unserem Katalog zu wählen, welcher  
eine große Auswahl in Ketten enthält.

**Versand gegen Nachnahme**  
oder Vorherzusendung des Betrages.  
**Garantieschein:**  
Nicht gefallende Waren tauschen wir bereit-  
willigst um oder zahlen das Geld zurück.

**Umsonst und portofrei**  
versenden wir an jedermann unseren neuesten  
illustrierten **Pracht-Katalog** mit  
über 2000 Abbildungen von  
Solinger Stahlwaren, Lederwaren,  
Gold- und Silberwaren, Haus-  
haltungsgegenständen, Uhren, Uhr-  
ketten, Musikwaren, Pfeifen,  
Zigarren, Zigarrenspitzen und  
sonstigen vielen Neuheiten.  
Wir bitten genau auf unsere  
Firma und Fabrikmarke zu  
achten! [10548]

## Theater- und Reise-Perspektive

von 6. Mk. an,  
nur feinste Qualitäten mit  
stärksten Vergrößerungen.



Brillen und Klemmer Stahl Nickel Gold  
v. 1.50, 2. Mk., mass. u. platt.  
mit Ia. Gläsern nach ärztlicher Vorschrift.

## Optisches Institut Wilh. Mützlitz

Colonnadenstr. 32, am Westplatz. [868]

## Tricot-Tailen

alle Farben und modernsten Façons

## Tricotagen

In Wolle, Halbwolle, Vigogne, Baumwolle

## Strumpfwaren

In größter Auswahl.  
Eigene solide Fabrikate.  
Anfertigung nach Mass.

## C. Theodor Müller

Tricotwarenfabrik, Hainstr. 10.

## Brautleute

und solche, die Bedarf in Möbel, Spiegel  
und Polsterwaren haben,  
**erhalten**  
reich illustrierten Möbel-Katalog von  
den Leipziger  
7717] **Möbel**  
Hallen, Carl Max Raschig,  
Lauhaer Str. 32 (Batterberg)  
**umsonst.**  
Fernsprecher 7348.

## Puppen-Klinik!

Gabelberger Straße 2. A. Welst.  
Altes Gold  
Anzüge für Herren 20 Mk., für Damen  
15 Mk., Paletots und Joppen billig.  
Wesentlich 1. Kapellenstraße 3.  
Für nur 3 Mark werden Anzüge  
und Heberzieher chemisch gereinigt und  
gebügelt. Reparaturen billig. [4391]  
E. Ruderlich, Matthäikirchhof 24, H. II.

## Echt goldene Trauringe

von 4 Mark an bei  
Gustav Kanik, Lauhaer Str. 6.

## Aufpolstern Sofas v. 6 Mk. an

Wasser- u. Matr. „ 3 „  
Rich. Arnolds Möbelhallen  
Leipzig-Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 66.

## Schuhwaren-Konkursmassen-Ausverkauf

Nikolaistrasse 20, im Laden.  
Gr. Ausw. prämi. Kanarienvogel,  
Käfige 20 Pfg., Doh. 2-30 Mk., hochf.  
Sommerriß, 5 Pfd. 1.10 Mk., Gr. 19 Mk.  
alle Sorten pr. Vogelfutter, ital. Goldfische  
10 Pfg. empf. Max Kraft, Poststr. 18.  
Schränke 15, Bettst. u. M. 16.4. Burgstr. 9. I  
Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Str. 67

# Brausebad Marienbad

Eisenbahnstrasse 66. **Wiedereröffnung!**  
Konradstrasse 25/27. **Wiedereröffnung!**

Wiedereröffnung morgen den 19. November früh 7 Uhr.  
Geöffnet: Wochentags von früh 7 bis abends 1/9 Uhr, Sonntags von früh 7 bis 12 Uhr.  
Gleichzeitig machen wir das geehrte Publikum auf unser Schwimmbassin, sowie Wannenbäder, Dampfbäder und Kurbäder höflich aufmerksam.  
**Neu! Damenbadezeit im Schwimmbassin Montags abend von 1/8 bis 9 Uhr. Neu!** [10519]

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Über die Krisis und die Arbeitslosigkeit in der Metallbranche äußert sich der bekannte Berliner Metallindustrielle Kommerzienrat Kühnemann in der Zeitschrift 'Der Großbetrieb' folgendermaßen: „Eine Umfrage bei den Vertretern der Maschinenbranche hat ergeben, daß annähernd 14 Prozent von den bisher in den Berliner Fabriken Beschäftigten arbeitslos geworden sind. Sicherlich wird diese Zahl noch steigen, nach der Ansicht der Beteiligten voraussichtlich bis zu 25 Prozent. Ich kenne die Ermittlungen von ungefähr 180 besten Betrieben. Es sind in der Hauptsache die größten. Es sieht nicht in allen gleich trübe aus. Es giebt sogar darunter 6 Betriebe, die augenblicklich mit einer größeren Zahl arbeiten, einer von ihnen statt mit 600 jetzt mit 800 Arbeitern. Doch das ist eine große Ausnahme. Im großen und ganzen muß man sagen, daß ein ganz bedeutender Rückgang in der Metallbranche zu verzeichnen ist. Dieser dürfte leider noch keineswegs seinen Höhepunkt erreicht haben. Ich gehöre ja persönlich zu den Schwärzsehern; aber auch diejenigen Herren, die sonst viel optimistischer dachten als ich, erwarten kein so baldiges Ende der ungünstigen Konjunktur.“

Über die Gründe des Rückganges äußert sich Kühnemann: „Da muß man einmal die alte Winterverschärfung aussprechen, daß stets den Zeiten einer Hochkonjunktur die eines Rückganges folgt, die wechseln eben wie Ebbe und Flut. Und gerade in den Zeiten der Aufschwüngen hat sich mancher von der Hoffnung leiten lassen, als ob es immer so sein müßte. Sehr viele Werke sind zu Erweiterungen übergegangen, sie wurden selbst zu Abnehmern, indem sie sich an Abnehmern zu Produzenten umgewandelt, die jetzt in der Lage und sogar gezwungen sind, weit mehr zu produzieren als zuvor. Was sollten sie sonst mit ihren erweiterten Betrieben anfangen. Endlich ist die Finanzwelt auch nicht ganz von der Schuld freizusprechen, dem Industriellen gegenüber zu generös mit der Vergabe von Geld gewesen zu sein. Namentlich in der Elektricitäts- und Schiffbauindustrie hat sich das gezeigt. Nunmehr ist naturgemäß der Rückschlag gekommen. Er ist vorerst in denjenigen Zweigen wahrzunehmen, die die Fertighfabrikate vorbereiten. Daher steht's in der Eisengießerei, in den Baufabrikationswerkstätten, in den Werkzeugmaschinenfabriken, Kesselschmieden zc. sehr traurig aus. Die anderen Zweige, die die fertigen Maschinen auf den Markt bringen, werden erst später in Mitleidenschaft gezogen werden. Vorläufig haben sie noch ihre alten Aufträge auszuführen; aber was dann? Neue Aufträge kaufen so gut wie gar nicht oder doch nur sehr spärlich ein. So dürfte denn meiner Ansicht nach im Laufe des nächsten Quartals wohl die ungünstige Lage in der Metallbranche ihren Höhepunkt erreicht haben.“

Kühnemann bezeichnet die von einer Arbeitslosenvermittlung aufgestellte Behauptung, es seien allein in der Metallbranche 35 000 Arbeiter brotlos, als übertrieben. „In der Maschinenbauindustrie müssen hier nach zuverlässigen Ermittlungen augenblicklich 6000 feiern. Davon wird ein Teil in die Heimat zurückgehen, ein Teil als Gelegenheitsarbeiter — ich erinnere nur an die sogenannten Weihnachtstarbeiter — beschäftigt.“

Zum Schluß sagt Kühnemann: „Was soll geschehen, um Abhilfe zu schaffen. Selbst diejenigen, die noch so ruhig in die Zukunft zu blicken pflegen, können sich die missliche Lage unserer Industrie nicht verhehlen. Staat und Kommune haben ein Interesse daran, schnell für Abhilfe zu sorgen. Es harren bei uns noch zahlreiche wirklich kulturelle Aufgaben — ich erinnere nur an die Kanalfrage, — die dem Industriellen eine reichliche Beschäftigung geben könnte — der Erleichterung. Im Interesse der zahlreichen Arbeitnehmer, deren Lage sich ja im Winter keineswegs bessert, dürfte auch noch zu erwägen sein, ob man nicht die Pflicht hätte, für billigeres Fleisch zu sorgen, vielleicht durch Aufheben der Zölle auf amerikanisches Fleisch zc. Es würde sich auch empfehlen, schon jetzt die Vereinfachung reichlicher Mittel für große kulturelle Aufgaben, die für später geplant sind, zu betreiben, damit diese jetzt schon der Ausführung zugeführt werden. Ich habe das Vertrauen, daß sowohl Staat wie Stadt zur Vinderung der Not thun werden, was in ihren Kräften steht. Aber schließlich dürfte auch der einzelne Industrielle in der Zeit der guten Konjunktur nicht vergessen, daß einem großen Aufschwünge auch stets ein Rückgang folgt.“

Sozialpolitisches.

Strafgefangene und Soldaten als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkte. Aus Straßburg berichtet uns unser G.-Mitarbeiter, daß dort, allen Protesten der Arbeiterchaft zum Trotz, seitens der Gefängnisverwaltung Privatleuten eine größere Anzahl von Strafgefangenen zur Ausführung von Erarbeiten zur Verfügung gestellt wurden, obwohl die Arbeitslosigkeit am Plage auch einen bedauerlichen Umfang angenommen habe. Auf einem Neubau erschienen kürzlich sogar vier Soldaten des sächsischen Inf.-Regts.

Nr. 105, um Handwerksarbeiten vorzunehmen. Erst als die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter erklärten, vor Entfremdung der Soldaten nicht weiter zu arbeiten, entschloß man sich, diese zurückzuziehen.

Gewerkschaftliches.

Das internationale Bergarbeiterkomitee tagte am 14. Novbr. in der Nähe von Dover (England). Anwesend waren Vertreter aller Nationen, nur Oesterreich war nicht vertreten, obgleich Gynar eingeladen war. Vidarb, Astor und Burt vertraten England; Lamendin und Gotte Frankreich; Coorot Belgien; L. Schröder und S. Möller Deutschland. Die Beschlüsse der wichtigsten Sitzung sollen bis auf weiteres geheim gehalten werden.

Der Krieg in Südafrika.

Eine verspätete Hiebpost.

Erst jetzt kommt aus Kapstadt die Meldung, wonach am 18. Oktober 200 Mann von Smutts Kommando einen englischen Posten bei Doornbusch in der Nähe von Sommerfeld-Case angegriffen, der von 50 Mann der berittenen Sommerfeld-Truppen verteidigt wurde. Kapitän Thornton von der Kappollzei kam mit 180 Mann derselben berittenen Distriktruppen zum Erfas herbei, war aber nicht im Stande, die nach kurzem Widerstande erfolgte Uebergabe zu verhindern. In seinem Bericht meldet Thornton, daß er eine ziemlich starke Position besetzt hielt, daß die Deute unter seinem Kommando sich aber, nachdem sie den größten Teil ihrer Munition verfeuert hatten, als der Feind nur noch 2000 Ellen entfernt war, weigerten, noch weiter auf die Buren zu schließen. Seine Soldaten begründeten dies damit, daß sie, wenn sie gefangen genommen, erschossen werden würden und ergaben sich, obwohl nur ein Mann leicht verwundet war; es fielen 180 Mann und 190 Pferde in die Hände der Buren.

Lord Kitchener hat über die freiwillige Uebergabe der englischen Truppen in Südafrika einen Bericht eingeleitet, der den Behörden große Besorgnis einflößt. Die Buren bezeichnen die englischen Soldaten nur noch mit dem Namen Hands op (Hände hoch).

Die Vorgänge in China.

Ein Sunnenbrief in den Times.

Die Times bringen folgendes Telegramm aus Schanghai: In letzter Zeit erregte hier das ordnungswidrige Verhalten von deutschen Soldaten erhebliche Störungen. Fälle von Angriffen auf die Polizei und auf andere sind häufig und ernst geworden. Die Offiziere thun ihr möglichstes, Ordnung zu wahren, doch die Soldaten zeigen denselben bejammernswerten Mangel an Disziplin, der zu oft in Nord-China zur Schau getragen wurde.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Torgblatt aus Wosheit sich das vorstehende aus Schanghai telegraphieren läßt, um den deutschen Entlastungsmeetings gegen Chamberlain ein Paroli zu bieten. Derartige internationale Lebenswichtigkeiten gehören zum imperialistischen Handwerk. Aber damit ist materiell über die Wahrheit oder Unwahrheit der englischen Beschuldigungen noch gar nichts gesagt, und die Meldung der Times ist eher eine Verstärkung der Sunnenbriefe als nicht.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Staatsbahnverwaltung und die Arbeitslosigkeit. Die Staatsbahnverwaltung hat eine Anordnung zu dem Zwecke erlassen, die Folgen der durch den Verkehrsrückgang eingetretenen Arbeitsverminderung nach Möglichkeit zu mildern. Es handelt sich dabei um einen Austausch von überzähligen und mangelnden Arbeitskräften zwischen den verschiedenen Dienstzweigen. Es ist angeordnet worden, daß, wenn aus Mangel an ausreichender Arbeitsgelegenheit oder aus sonstigen nicht in der Person liegenden Gründen in einzelnen Zweigen des Eisenbahndienstes Arbeiter überzählig werden, diese womöglich an anderer Stelle als Ersatz für abgängige Arbeitskräfte im Eisenbahndienste unterzubringen sind. Ist dies nicht möglich, so sind die überzähligen Arbeiter in der Regel den nächsten Eisenbahnbaunternahmern zuzuweisen. Letztere sind zu veranlassen, bei Einstellung neuer Arbeitskräfte oder bei Ergänzung ihrer Arbeiterbestände in erster Linie die ihnen als geeignet bezeichneten überzähligen Eisenbahnarbeiter anzunehmen und zu beschäftigen. Beim Abschluß neuer Verträge mit Bauunternehmern ist diesen zur Pflicht zu machen, daß sie zu den in Frage kommenden Arbeiten geeignete Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung ebenso wie andere hierzu geeignete elcheimische

Arbeiter, die infolge Arbeitsmangels unbeschäftigt sind und die sich bei ihnen um Arbeit bewerben, vorzugsweise verwenden und daß im übrigen deutsche Reichsangehörige vor Reichsausländern zu berücksichtigen sind, soweit dadurch Bauausführung und Vauvorschritt nicht beeinträchtigt werden.

Diese Anordnung verdient Anerkennung. Besonders interessiert uns der Satz, daß den Bauunternehmern beim Abschluß neuer Verträge gewisse Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern auferlegt werden. Die Bienen auch bereits von einem Fall berichten, in dem nach dieser Anordnung verfahren worden ist. Auf dem Dresdener Bahnhof in Leipzig wurden am Sonnabend vor acht Tagen 26 Arbeiter entlassen. Gestern, also am letzten Sonntag, wurde den sämtlich entlassenen Arbeitern mitgeteilt, daß sie sich am Dienstag zu den Ausschachtungsarbeiten beim Bau eines Güterbodens in Lindau zur Arbeit melden sollen. Der betreffende Bauunternehmer ist von der Bahnverwaltung angewiesen worden, zuerst die auf dem Dresdener Bahnhof entlassenen Arbeiter anzunehmen und zu beschäftigen.

Das sächsische Oberverwaltungsgericht gegen den Dresdener Stadtrat.

In Dresden hatte man in der letzten Zeit neben vielen schon bestehenden Schwierigkeiten bei der Erwerbung des Bürgerrechts eine neue hinzugefügt, indem man um das Bürgerrecht nachsuchenden Personen dieses verweigerte, weil sie gerichtlich bestraft waren. Man berief sich dabei auf den § 17 Abs. 4 der Revidierten Städteordnung, nach dem das Bürgerrecht nur an unbescholtene Personen erteilt werden darf. Nur ist dieser Begriff in der Revidierten Städteordnung aber ganz genau umgrenzt und definiert. Und zwar zählt der § 44 die einzelnen Fälle auf, in denen diese Unbescholtenheit nicht mehr besteht, und damit das Stimmrecht verloren geht. Dem Expedienten Bayer von der Sächsischen Arbeiterzeitung war ebenfalls das Bürgerrecht auch eben erwähnitem Grunde verweigert worden, dieser Fall wurde zur endgültigen, prinzipiellen Entscheidung gebracht. Ist es einmal, meistens wegen Verleumdung durch die Presse, bestraft. Das Stimmrecht kann nach oben citierter Bestimmung aber nun nicht wegen Bestrafung an sich entzogen werden, sondern nur dann, wenn ein gerichtlich Beurteilter zugleich unter Polizeiaufsicht gestellt, oder über ihn Ehrverlust verhängt wurde, oder auch nur, so lange diese Maßregeln bestehen. Bei B. traf das nicht zu, er war weder unter Polizeiaufsicht, noch hat man ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Trotzdem verweigerte ihm der Stadtrat Dr. Lehmann das Bürgerrecht, lediglich wegen der Bestrafungen. Es wurde dagegen Beschwerde bei der Kreis hauptmannschaft Dresden eingeleitet, die aber als unbegründet abgewiesen wurde, und zwar mit der mehr als sonderbaren Begründung, daß nicht allein die den Begriff „unbescholten“ festlegenden — durchaus klaren und bestimmten — gesetzlichen Vorschriften, sondern auch „das freie Ermessen“ der Behörden bei der Definition dieses Begriffes in Frage käme. Nun kam diese Sache in Form einer Anfechtungsklage vor das Oberverwaltungsgericht in Dresden. Am Sonntagabend mittag wurde darüber verhandelt. Der Kläger B. ließ sich durch den Redakteur Fleißner vertreten, der dem Gericht auseinandersetzte, wie unhaltbar diese behördlichen Maßnahmen vor dem Gesetz sind. Nach etwa einviertelstündiger Beratung fällte der Gerichtshof das Urteil: „Die Entscheidung der Kreis hauptmannschaft ist aufgehoben, das Verfahren des Stadtrates zu Dresden wird als unzulässig erklärt.“

In ein paar kurzen Begründungsworten wurde noch ausgeführt, es sei nach den durchaus zwingenden, klaren Bestimmungen der Revidierten Städteordnung kein Spielraum für das freie Ermessen der Behörde gegeben, und das Verfahren des Stadtrates zu Dresden lasse sich deshalb nicht rechtfertigen. Eine ausführliche schriftliche Begründung wird den Parteien noch zugeföhrt.

Eine schöne Niederlage für den Dresdener Rat und die Kreis hauptmannschaft Dresden.

Kleine Chronik.

Leipzig, 18. November.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird Dienstag May Dalbes Drama Haus Rosenbogen wiederholt. — Im Alten Theater wird die Oper Die Tochter des Regiments gegeben.

Am Mittwoch bleiben des Bußtages halber beide Stadttheater geschlossen.

Am Donnerstag ist im Neuen Theater die neue große Oper Samson und Dalila angefehrt.

Im Alten Theater beginnt am Donnerstag Frau Käthe Brand ihr Gastspiel als Madame Sans-Gêne. Am Freitag spielt sie im Alten Theater Die offizelle Frau und am Sonnabend im Neuen Theater Die goldene Coe.

Im Neuen Theater bringt der Freitag die Oper Der fliegende Holländer, im Alten Theater der Sonnabend die Operette Voccaccio.

Neues Theater. (Gosgunst. Lustspiel in vier Akten von Tillö v. Trotha. Gastspiel des Fräulein Klara Gördke vom Stadttheater in Krefeld.) Fräulein Gördke hat als Wirtin einen starken Erfolg gehabt. Und das darum, weil erstens einmal diese dramatische Gartenlaubengumorette, in der ihr die Hauptrolle zugefallen war, auf Publikumsgewinn ihren Eindruck nicht verfehlen wird, dann aber auch, weil der Krefelder Gast eine überaus herrliche und sympathische Persönlichkeit ist, was gleichfalls dem Publikum bei aller Schauspielkunst die Hauptsache bleibt. Dem einleuchtenden Beweis, daß der Mensch nicht erst bei der Geburt, sondern schon bei der gewöhnlichen Baroness vom Lande anfängt, und daß bei Sereuissimus netze junge Mädchen auch ohne böhsche Sitten zu hohem Einfluß gelangen können, hat die junge Schauspielerin in überzeugender Weise geliefert. Ihre feste sonnige Selterkeit, ihre fast kindliche Lust an Theaterspielen, ihr burleskoser Humor lassen sie förmlich dazu vorbestimmt erscheinen, ein Liebling des Publikums zu werden. Ob Fräulein Gördke auch höheren Ansprüchen gewachsen ist, darf vorerst allerdings sichtlich bezweifelt werden. Es scheint viel lebenswürdige Natur an ihr zu sein aber wenig echte Kunst. Als Milderungsgründe müssen allerdings auch wieder jene Umstände berücksichtigt werden, die erst neulich bei Fräulein Elise Hartmann hervorgerufen worden sind; falls auch bei Fräulein Gördke berechnete Schönlung und der Geschmack des überwiegenden Teiles der Zuschauer. Viel schwerer als dem jungen Schauspieler fällt es heute noch der jungen Schauspielerin, echte,

richtige und sein organisierte Menschengestalten auf die Bühne zu stellen. Fräulein Gördke soll — es war mir leider nicht möglich, mich davon zu überzeugen — am Freitag auch als Gisa Holm dem Publikum sehr zu Danke gespielt haben. Es wäre bedauerlich, wenn die Entscheidung über ihr Engagement auf diesen beiden Leistungen basieren sollte, die von der Verwendbarkeit der Dame noch kaum ein richtiges Bild zu geben im Stande sind. I. s.

Arbeitervorstellung im Alten Theater. (Don Carlos, Infant von Spanien. Trauerspiel in fünf Akten von Friedrich Schiller.) Der Charakter eines feurigen, großen und empfindenden Jünglings, der zugleich der Erbe einiger Kronen ist; einer Königin, die durch den Zwang ihrer Empfindung bei allen Vorteilen des Schicksals verunglückt; eines eifersüchtigen Vaters und Gemahls; eines grausamen und heuchlerischen Inquisitors und barbarischen Herzogs von Alba sollte mir, dacht' ich, wohl nicht misslingen. Dieser Satz, den der vierundzwanzigjährige Verfasser der Räuber, des Fiesko und der Luise Millerin an seinen Freund Reinwald schrieb, ist für die Entstehung des Don Carlos, wie für das gesamte Schaffen des größten deutschen Dramatikers überaus bezeichnend. So oder ähnlich hätte vielleicht auch William Shakespeare an einen Freund schreiben dürfen. Die Freude am rein Gestaltlichen, die Lust, menschliche Charaktere und menschliche Schicksale zu zeichnen, ist auch für den vielgeschmähten Idealisten und „Moralrompeter“ der Urquelle seiner Schöpferkraft gewesen. Dazu tritt der Gang zum Theatralischen stark hervor: Auf der einen Seite Feuer, Größe, Empfindung, auf der anderen Eifersucht, Grausamkeit, Heuchelei. Das Historische in engerem Sinne tritt gegen das Menschliche zurück. Nicht nur, daß die ganze Fabel des Stückes einer Novelle und nicht dem reinen Urtext der Weltgeschichte entnommen ist, in dem Don Carlos als der hinkranke Sproß eines bekabanten Herrschergeschlechtes erscheint, sondern auch die Darstellung der Zeiten und Sitten tritt stark in den Hintergrund. Um wie viel besser lernt man das Zeitalter Philipps und Albas, lernt man Spanien und die Niederlande aus Goethes Egmont kennen, dem freilich so viel an forttreibendem dramatischen Feuer fehlt, als er in historischer Anschaulichkeit dem Don Carlos voraus ist.

Dagegen vertieft sich bei Schiller die Handlung nach anderer Seite hin. Es ist vielleicht nicht ganz uninteressant, den Vergleich zwischen Egmont und Don Carlos, zu dem man vorerst nur durch die historische Verwandtschaft des Stoffes anregt, noch ein Stückchen

weiter fortzusetzen. Goethe sind die Menschen schließlich Hauptsache geblieben, er zeigt, wie die geschichtlichen Ereignisse auf Einzelschicksale einwirken. Schiller aber werden in Ausführung seines Planes nur soweit die Menschen interessiert, als sie die Repräsentanten großer geschichtlicher Bewegungen barzustellen im Stande sind. Und er unterläßt es dabei, sich die Frage zu stellen, ob die Don Carlos und Marquis Posa historisch wahrscheinlich sind. Er macht sie zu Verkörpern von Ideen, wie sie nur zur Zeit der steigenden Naturrechtstheorie, zur Zeit des aufsteigenden Liberalismus, zur Zeit des aufgeklärten Absolutismus, kurz in Schritten eigener Zeit, im achtzehnten, nicht in der Don Carlos-Zeit, im sechzehnten Jahrhundert, möglich gewesen sind. So kommt es auch, daß ihm der Träger dieser naturrechtlich-liberalen Ideen, der Marquis Posa, unversehens in den Mittelpunkt der Handlung rückt und den eigentlichen Helben des Stückes in den Hintergrund drängt.

Die große geschichtliche Sendung des Infanten schließt an seinen eigenen und persönlichen Schicksalen, an seiner Liebe. Die Jungfrau von Orleans vollbringt als seine Jungfrau jedwedes Herrliche auf Erden; sowie Alons Erschelnung die Menschlichkeit in ihr geweckt hat, bleibt ihr als bestes noch ein Tod als Stegerin. Dieser Reim des Verfalles wirkt in Carlos, noch bevor er dazu kommt, seine Kraft an seiner großen Aufgabe zu versuchen. Seine Liebe zu Elisabeth bleibt in letzter Linie nur soweit interessant, als von ihr die weitere Gestaltung weltgeschichtlicher Schicksale abhängt. Wieber ganz anders als im Egmont, dessen Liebe für Märchen mitten im Strom der geschichtlichen Ereignisse als blühende Insel steht und deren Ueberfluten wir ihrer selbst willen, nicht aus Gründen des allgemeinen Interesses schmerzlich empfinden.

Die Stärke des Don Carlos beruht darin, daß es Lendenstück ist. Als die Verkündung eines freieren Zeitalters ward das Werk von der Masse aufgenommen. Marquis Posa wird von Historikern und Aesthetikern seiner naiven Unwahrscheinlichkeit wegen bestraft, er ist darum doch dem deutschen Volke eine seiner liebsten Bühnengestalten geblieben. Auch die Arbeiter reißt der Strom seiner Begeisterung mit, wenn sie sich auch bei näherer Betrachtung denken müssen, daß schließlich Philipp II. recht hat, diesen liberalen Bringergesichter einen sonderbaren Schwärmer zu nennen. Schillers Werk wäre vollkommen geworden, hätte der Dichter schon damals beachtet, was er als erfahrener Mann ausgesprochen hat, daß nämlich leicht die Gedanken beieinander wohnen, doch hart die Sachen sich im Raume stoßen. Aber dem warmherzigen Menschen

**Dresden, 17. November.** In den Dresdener Nachrichten liest man: „Auf Antrag zahlreicher Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums findet nächsten Dienstag mittags 12 Uhr eine außerordentliche öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, auf deren Tagesordnung als einziger Gegenstand der Beschlussvorschlag des Herrn Stadtverordneten-Vizevorsichters Rechtsanwälters Dr. Hädel zu einer Protest-Erklärung gegen die Beschimpfung des deutschen Heeres von 1870/71 durch den englischen Kolonialminister Chamberlain steht.“

Man mag über die Aeußerung Chamberlains über die Haltung des deutschen Heeres im Kriege 1870/71 denken wie man will, aber ein Stadtverordnetenkollegium berühren sie nicht im geringsten. Die Antisemiteliquie des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums aber hält die Sache für so wichtig, daß sie das Stadtverordnetenkollegium nicht nur zu einem Protest gegen die Chamberlainschen Aeußerungen veranlassen will, sondern dazu sogar eine außerordentliche Sitzung einberuft.

Als aus der Mitte der Bürgerchaft an dasselbe Stadtverordnetenkollegium das Ersuchen erging, einen Protest zu beschließen gegen den beabsichtigten Hungerzoll, der die Bevölkerung und Industrie auf das empfindlichste schädigen muß, gingen die Herren ohne ein Wort zu sagen, über die Sache zur Tagesordnung über. Durch die Stellungnahme zu dem Zolltarif würde das weise Stadtverordnetenkollegium zu Dresden seine Kompetenz überschreiten, durch eine Beschlußfassung über die Chamberlainschen Aeußerungen ist das aber nicht der Fall. Aber die Logik des Patriotismus gestattet den Antisemiten derartige Märgen.

**90. Reichenbach i. B., 17. November.** Der Genosse Konsumvereins-Expedient Andreas Wunderlich soll am 26. August einem Schuhmann Michael gegenüber eine Aeußerung gebraucht haben, welche „ärgernisverregend“ gewesen sei. Er wurde deshalb vom Schöffengericht Reichenbach zu 20 Mk. Geldstrafe oder einer Woche Gefängnis verurteilt. Hiergegen legte der Genosse Berufung ein, weil er unschuldig sei. Er habe zwar eine Äußerung wie die ihm zur Last gelegte Aeußerung gebraucht, doch habe er damit nicht den Beamten gemeint, den er gar nicht gesehen habe. Das Landgericht Plauen verwarf aber die Berufung gestern kostenpflichtig.

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** Seit kurzem haben sich in Litzau zwei angebliche Missionare der „Kirche Jesu Christi des Heiligen der letzten Tage“ niedergelassen. Es sind Mormonen, deren Kirchengesetze die Vielweiberei bilden. — Der Hauptmann Bachmann im 11. Infanterieregiment Nr. 189 zu Döbeln hat sich durch einen Revolvererschuß getötet. Das Motiv der That ist unbekannt. — In Ehrenfriedersdorf bei Chemnitz wurde das dem Wirtschaftsbefiger Barthel gehörige Wohnhaus durch Großfeuer eingekäschert. Dabei sind drei Kinder Barthels im Alter von 1, 4 und 7 Jahren durch Rauchvergiftung getötet worden. — Ein von einer Hochzeit in Langenbernsdorf kommendes, nach Werbau heimkehrendes Gefährt mit 8 Insassen (6 Erwachsenen und 2 Kindern) schlug, da die Pferde den Wagen den Pleitenhalsberg hinab nicht zu halten vermochten und deshalb schon geworden waren, beim Einbiegen nach der Brücke um und schleuderte die Insassen auf die Straße. Dabei erlitt einer der Insassen einen Bruch des Handgelenks, ein anderer Klaffende Wunden am Kopf. Die übrigen trugen leichtere Verletzungen davon. An dem Aufkommen des einen Verletzten, eines 12 Jahre alten Knaben, wird gearbeitet.

**st. Aus Sachsen-Weimar, 17. November.** Die Saatz des Herrn Minister v. Wurmb geht auf! Das zeigen recht deutlich die Resultate der im Lande jetzt stattfindenden Gemeinderatswahlen. Noch nie zuvor ist die Beteiligung im allgemeinen eine so rege gewesen, wie in diesem Jahre, und überall haben die beachtenswerten Erfolge zu verzeichnen. In den in Apolda und Weida errungenen Siegen, wo die höchste Stimmenzahl auf unsere Genossen fiel, reicht sich noch würdig Timenau an, — ja es überflügelt sogar alle übrigen Orte. Hier errangen wir vier neue Siege im Gemeinderat. Trotzdem durch Wahlzwang, der nach unserer Gemeindeordnung zulässig ist, die „ordnungsliebenden“ Bürger dem Ansturm der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten sollten, war der Liebe Mühe umsonst; von 889 Stimmberechtigten gingen 851 zur Wahl und unsere Genossen Haupt- und Schippe wurden mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, ferner folgten ihnen als Sieger die Genossen Albert und Köllmar. Selbst in Weimar hatten wir eine starke Zunahme der Stimmen für die sozialdemokratische Liste zu verzeichnen. In Orten, wo man bisher von unserer Seite sich wegen der „geringen Aussichten“ nicht an diesen Wahlen beteiligte, da regt es sich jetzt lebhaft, und die durch die Versammlungsverbote mundtot gemachten Arbeiter werden munter, wie ernten die Früchte der Reaktion!

**s. b. Rudolstadt, 18. November.** (Privattelegramm.) Das Schwurgericht erkannte in dem großen Sensationsprozess gegen zwanzig gutsitulierte Frauen aus Weimar und Kölleda, sowie einen Einwohner aus Erfurt wegen fortgesetzter schwerer Verbrechen nach § 219 des Strafgesetzbuches (Abtreibung der Leibesfrucht)

des Liberalismus durfte der göttlich schöne Plan nicht an den Notwendigkeiten der realen Welt, sondern nur an Zufälligkeiten der Gefühle scheitern.

Daß Don Carlos trotz aller kritischen Bedenken, die ihn durch das Jahrhundert seines Daseins verfolgen, ein wirksames und gutes Theaterstück ist, hat das lebhafteste Interesse und der aufrichtigste Beifall des Arbeiterpublikums neuerlich bestätigt. Der Anteil der Regie und Darstellung an diesem Erfolge sei dankend anerkannt.

**Dr. Eine neue Universität** wird im Laufe des nächsten Jahres wieder in Amerika eröffnet werden, und zwar in einer wohl nur dem Geographen oder einem sonstigen Spezialkenner bekannten Stadt, nämlich in Decatur (Staat Illinois). Die neue Hochschule ist schon jetzt mit einem Vermögen von über 4 Millionen Mark ausgestattet, wovon der größte Teil von einem reichen Bürger namens Millen hergegeben worden ist, nach dem die Universität dann auch Millen-Universität heißen wird.

**Wb. Eine Entdeckung aus der Chinesischen Literatur** ist nach einer Mitteilung von Englisches Medizinisch in Paris gemacht worden. In der dortigen Handschriften-Bibliothek fand sich nämlich ein vergessenes und jedenfalls noch niemals übersehtes chinesisches Manuskript von großem Alter vor, aus dessen Inhalt hervorgeht, daß Mittel zur Schmerzbetäubung in China schon vor 1700 Jahren gebraucht worden sind. Es wird darin berichtet, daß ein gewisser Abus von den Ärzten vor Beginn einer Operation verabreicht wurde, um den Kranken bewußlos zu machen. Das Anästhetikum bestand aus einem einfachen Präparat aus Hanf,

nach dreitägiger Verhandlung gegen die Hauptangeklagte Pähnlein auf zwei Jahre Zuchthaus. Sämtliche übrigen Angeklagten wurden, da die Geschworenen die Schulfrage verneinten, freigesprochen.

### Der oberbayerische Räuber Kneißl vor den Geschworenen.

**R. Augsburg, 16. November 1901.**  
Zu Beginn des dritten Verhandlungstages beantragt die Staatsanwaltschaft die Verlesung eines Urteils vom 17. November 1893 gegen den Gürtler Bollinger aus Großberghofen, weil daraus hervorgeht, daß zu jener Zeit eine Verbindung des Bollinger mit dem Kneißl schon bestand.

Joseph Mooseder, 62 Jahre alt, Privatier in Langenlittenbach, erzählt den Vorgang vom 23. Januar d. J. wie folgt: Als ich abends gegen 7 Uhr die Fensterläden zumachen wollte, ist ein „Schwarzer“ auf mich zugezogen. (Das war Kneißl, der eine schwarze Pispelmilch über den Kopf gezogen hatte, worin zwei Löcher für die Augen geschnitten waren.) Er hat schon erwartet und ist auf dem mit Schnee bedeckten Boden gefaucht. Welleidet war er mit einem blauen Leberzieher, gelben Schuhen, Gut hatte er keinen auf. Mit der einen Hand hat er mir einen Revolver auf die Brust gehalten, in der anderen hatte er ein Schnappmesser. Er fragte: „Was giebt's denn?“ Er hat mich dann rückwärts hineingeschoben, den Revolver fortwährend auf meine Brust haltend, und hat gerufen: „Geld her oder ich schieß!“ Die Thür hat er dann hinter sich geschlossen. Meine Frau mußte leuchten und ich gab ihm dann 50 Mk. aus der Schublade. Meine Frau hat gebetet und angehalten: „Sebat, ich bit! Dich schön!“ Kneißl hat zu meiner Frau gesagt: Das Weien hat keinen Wert. Als er ging, hat er gesagt: „Wenn Du mir noch einen Strach machst, dann schieß ich noch auf 50 Meter rein.“ Ich habe mein Entlein auf dem Arm gehabt.

**Präsi.:** Hat Kneißl davon gesprochen, daß er schon heringekommen hätte, wenn Sie das Kind nicht auf dem Arm gehabt hätten? **Zeuge:** Ja. Kneißl bestreitet dies. **Staatsanwalt:** Haben Sie ihm alles Geld gegeben, was Sie hatten? **Zeuge:** Nein, das andere hat er nicht gewünscht. Die Frau dieses Zeugen, Veronika Mooseder, sitzt dem bei: Mein Mann mußte vorausgehen, dann kam Kneißl und ich mußte hinterdrein leuchten. Als er die 50 Mk. hatte, wollte er noch mehr, allein er stand ab, als wir ihm versicherten, daß keine mehr da sei. Gebietet habe sie nicht.

Der Gürtler Joseph Oswald in Trachenbrunn giebt auf Verfragen an, daß der Fleckbauer mit dem alten Kneißl gut gekannt ist. **Präsi.:** Was wissen Sie über den Vorgang vom 30. November? **Zeuge:** Ich war in der Wirtschaft. Als ich raus kam, stand einer draußen mit einem Gewehr. **Präsi.:** Hat der sich gedrückt? **Zeuge:** Auf die Seite ist er gegangen. Nach 1 Uhr nachts wurde ich vom Fleckbauer selbst geholt. Ich sollte runter kommen, der Kneißl sei drunten, ein Gendarm sei tot, der Scheidler sei auch gefallen. **Präsi.:** Was sagte er noch? **Zeuge:** Es ist nicht schön gegangen. **Präsi.:** Glauben Sie, daß er das im Ernst meinte? **Zeuge:** Rieger habe ihm gesagt, daß er dem Kneißl in seiner Wohnung gesagt habe, er solle das Gewehr weglegen. Er habe den Kneißl gesücht.

Der Trachenbrunner Gürtler Simon Schirrmair er weiß, daß in des Fleckbauers Haus viel Gefindel gekommen ist. Der Schwager des Rieger, Benno Widmann aus Unterweitzhofen, sagt: Der Rieger habe die Gendarmen in die Halle laden wollen. Das sei gleich seine und seiner Frau Ansicht gewesen, als sie von der That hörten.

Der Gendarm August Stegmann in Nischach deponiert auf Verfragen: Ich habe öfter mit dem verurteilten Scheidler über die That gesprochen. Scheidler bemerkte, er sei zuerst hinter das Haus gegangen, dann erst, als die Durschen kopften, sei er vorgegangen. Als die Thüre auf war, zeigte der Fleckbauer rechts in die hintere Kammer. Der Brandmeister ging voraus, fand jedoch die Thüre zu dieser Kammer von außen verriegelt. Bei der Wendung nach der Küche fiel der erste Schuß; der Brandmeister stürzte zusammen, das Licht erlosch. Scheidler gab in der Richtung des Feuers einen Schuß ab, brach aber fast zu gleicher Zeit zusammen. Scheidler habe oft gesagt: Wenn der Fleckbauer den Willen gehabt hätte, dann hätte er den Kneißl gefangen nehmen können; er hätte nur die Hausthür offen lassen brauchen. Scheidler habe auch noch Kneißl und Rieger miteinander sprechen hören. Dester erzählte Scheidler, daß Kneißl dem Brandmeister einen Stolz gegeben und geäußert habe: Du bist gut hül Dr. v. Pannwitz; Eigentlich ist, daß im Protokoll von dem von dem Zeugen Vorgebrachten fast gar nichts steht.

Kriminalwachmeister Jakob Renner sagt aus: Als am 4. März Kneißl verhaftet war, habe ich mich auch am Heruntertragen über die Stiege beteiligt. Kneißl hat ganz von selbst in ziemlich verzweifelter Stimmung angefangen zu klagen: Der Fleckbauer ist an allem schuld! Er wurde in den Stadel verbracht. Dort angekommen, fragte ich den Kneißl: Was meinen Sie damit, daß der Fleckbauer an allem schuld sei? Mittlerweile kam ein Herr und fragte, ob geistlicher Beistand gewünscht werde. Kneißl wurde ins Tonbauernanwesen gebracht. Ich erneuerte meine Frage und er sagte: Der Fleckbauer ist an allem schuld. Beim Fleckbauer war ich. Er hat gesagt, Du bleibst da, ich schied fort, Du schießt sie nieder und dann weiß niemand was!

Verteidiger **Präsi.:** Wäre es möglich, daß Kneißl die Schuld auf einen anderen abwälzen wollte? **Zeuge:** Kneißl fürchtete für seine Freiheit.

**Kneißl:** Ich kann die Aeußerung nicht gemacht haben. Ich habe sehr viel Mühe verloren. So was habe ich noch nicht gesehen in meinem Leben (Lachen), wie die Schulleute auf mich los sind. Ich weiß gar nichts mehr. Wenn ich vom Rieger gesprochen habe, dann habe ich es so gemeint, weil er die Gendarmen geholt hat.

Den Polizeikommissar Vossert fragt Dr. v. Pannwitz: Wurde Kneißl so mißhandelt, daß er sich fürchten konnte. **Zeuge:** Ob er droben mißhandelt wurde, weiß ich nicht. Ich war einer der ersten, der Kneißl sah, als er herunter kam. Das ganze Volk wollte den Kneißl sehen. Ich habe keine Veranlassung gehabt, oben hinauf zu gehen! Das ganze Volk wie die Gendarmen und Schulleute haben wie die Wilden gehan. Ich gestreute den Anwäl, indem ich sagte: Wir haben es jetzt nicht mehr mit dem Räuber und Mörder Kneißl, sondern mit einem Schwerverwundeten zu thun. Ich selbst habe Schläge und Pässe bekommen. Dr. v. Pannwitz: Da haben Sie edel gehandelt.

Hier tritt die Mittagspause ein. Nachmittags kommt die Cousine Kneißls, die Tagelöhnersfrau Mathilde Lorenz, zur Vernehmung. Sie giebt an: Ich war am 3. März bei Kneißl in Geisenhofen. Ich erfuhr von Johann Wöß, daß er dort war und ging, von Herrn Polizeikommissar Vossert in München aufgefordert, dorthin. Kneißl erzählte mir dann von dem Raubausfall auf Mooseder. Ueber die Trachenbrunner That erzählte mir Kneißl, daß der Gendarm Scheidler beim Eintritt ins Haus anhierte: Wo bist denn Giasl? Ihm sei ein Schuß am Ohr vorbei geppißen. Auf dieses hin habe er Scheidler ins Anie geschossen. Die Witwe des getöteten Scheidler, Franziska Scheidler, giebt an: Als ich nach Trachenbrunn zu Rieger kam, sagte er: Es wird schon so sein, daß die ganze Geschichte an mir nanzgeht. Sie erzählt dann das von ihrem Mann mitgeteilte. **Präsi.:** Sagte Ihr Mann, wo der Kneißl stand? **Zeugin:** Ja.; der Küche. Es sei dort finster gewesen. Er sei so rasch gegangen,

daß er selbst nicht wisse wie. **Präsi.:** Hat Ihr Mann gesagt, daß er der Fleckbauer sein Leben verdanke? **Zeugin:** Das weiß ich nicht. **Präsi.:** Hat er nicht gesagt, wenn die Fleckbauerin nicht gewesen wäre, hätte er mich vollends erschossen? **Zeugin:** Davon habe ich nichts gehört. **Präsi.:** Hat Ihr Mann sich darüber ausgesprochen, daß der Fleckbauer die Gendarmen in den Hinterhalt gelockt hat? **Zeugin:** Davon hat er nichts gesagt. Allerdings hat er gemeint, daß es eine Falle gewesen sei. Wenn der Fleckbauer wirklich hätte helfen wollen, dann hätte er es anders machen können. Es wäre ganz leicht gegangen, ihn zu erwischen. **Präsi.:** Hat Ihr Mann auch etwas davon erzählt, daß Kneißl der Leiche des Brandmeier noch einen Stolz gab? **Zeugin:** Ja. **Präsi.:** Hat er auch gesagt, Du bist gut hin? **Zeugin:** Gemurmelt soll er etwas haben. Dr. v. Pannwitz: Hat Ihr Mann nichts gesagt, daß Kneißl, um aus der Thür zu kommen, über die Leiche des Brandmeier steigen mußte? **Zeugin:** Davon weiß ich nichts.

Der später die Untersuchung führende Landgerichtsrat (nunmehrige 1. Staatsanwalt) Dr. Her deponiert: Am 1. Januar habe ich von Dr. Schienlinger die Voruntersuchung übernommen. Die erste Vernehmung des Kneißl fand am Tage nach seiner Verhaftung (8. März) in der chirurgischen Klinik statt. Kneißl erzählte, daß er am fraglichen Abend von Unterweitzhofen nach Trachenbrunn ging, um Unterkunft zu haben. Er habe ein paarmal in die dortige Wirtschaft gesehen und den herauskommenden Rieger gefragt, ob er ihn nicht ein paar Tage behalten wolle. Rieger habe gesagt, ob er was mitbringen solle, was Kneißl bejahte. Dann gingen sie nach Hause. Auf dem Wege habe Rieger gesagt: Giasl, sei g'schelt, ich hab' zu den Gendarmen g'schickt, wir kriagn' alle dreht! Wenns hin sind, weiß niemand was! In der Stube habe der Fleckbauer diese Worte wiederholt. Kneißl fuhr fort: Ich hab' mir gedacht, ich schieß' in den Boden hinein und schau, daß ich hinten raus komme. Er habe hinaus wollen, aber der Fleckbauer habe ihn zurückgehalten und das Licht ausgelöscht. **Präsi.:** Bei der Wichtigkeit der Aussage frage ich Sie: Haben Sie den Eindruck, daß dieser Ausspruch ohne Trübung des Bewußtseins, bei klarem Sinn geschah? **Zeuge:** Ja. In Bezug auf die Schickerei in Paar leugnete er bis zur letzten Vernehmung. Als ich ihm jedoch alle Begleiterscheinungen und Personen, seinen Aufenthalt u., haarföhr nachwies, gestand er ein.

**Zeuge Dr. Prauser** behandelte Kneißl von Anfang bis Ende in der chirurgischen Klinik. Ich wurde befragt, ob der Kranke vernehmungsfähig sei. Wir wollten ihn nicht vernehmen lassen, aber weil es dringend war, habe ich im Einverständnis mit Herrn Dr. Angerer eine Vernehmung zugelassen. Unsere anfängliche Weigerung bestand nicht in der Annahme geistiger Unzurechnungsfähigkeit, sondern im Interesse seiner körperlichen Gesundheit.

Damit schließt der dritte Verhandlungstag.

### Leipziger Angelegenheiten.

**Leipzig, 18. November.**  
„Haste auf der Beiter.“ Wegen der in Nr. 233 der Leipziger Volkszeitung unter der vorstehenden Spitzmarke erschienenen Notiz hat Prof. Dr. Haste gegen unseren verantwortlichen Redakteur Strafanzeige wegen Verleumdung erstattet und bei der Staatsanwaltschaft beantragt, das Strafverfahren im öffentlichen Interesse zu übernehmen. Eine gleiche Anklage hat übrigens auch die Schiffsche Arbeiterzeitung erhalten, die die inkriminierte Notiz von uns abgedruckt hatte.

**Die Versammlung der Töpfer, Maler und Stuckateure,** die sich morgen, Dienstag abend, mit dem Bauarbeiterschuß in Leipzig beschäftigen wird, findet nicht im Pantheon, sondern in der Flora, Windmühlenstraße, statt.

**Eine Anstandsprobe des Leipziger Tageblatts.** Am Sonnabend druckte das Leipziger Tageblatt aus Anlaß des Rücktritts des Herrn v. Frege folgende Mahnung ab:

Angesichts solch schweren Familienunglücks ist wohl auch zu hoffen, daß alle jene hämischen Angriffe, wie sie erfahrungsgemäß von manchem Gegner gegen scheidende Parlamentarier erhoben werden, unterbleiben werden.

Und die nächste Nummer des Tageblatts bringt als ihre wichtigste politische Notiz folgende hochanständige Leistung:

„Die Schließen der unserm Verstorbenen ... gewidmeten Kränze werden am Mittwoch den 20. November (Vufstag), von vormittags 1/11 Uhr ab im Saale des ... ausgelegt werden. Der Saal wird diesem Zwecke entsprechend hergerichtet werden.“ — Wie weit bei der heutigen verrotteten Gesellschaftsordnung die Stumpfheit der von einer schlauen und in der Korruptheit sich mühennden Bourgeois-hierarchie genährten Ordnungswahlmenge geht, das zeigt die in vorstehender Bekanntmachung angelegte Veranstaltung, welche die gefundene Begelung für Thron und Altar durch einen plumpen Personenkultus wieder heben soll. So etwas sollte man unserer aufgeklärten, zielbewußten Arbeiterschaft bieten! — So oder ähnlich hätten sich früher der Vorwärts und seine Mitglieder, die Leipziger Volkszeitung u., geäußert, wenn die ersten drei Punkte den Namen eines Staatsmannes, Generals oder eines bürgerlichen Parteiführers bedeuten sollten. Da es sich in diesem Falle aber um die dem verstorbenen „Genossen“ Dr. Schoenlank gewidmeten Kränze handelt, so ist die Ausstellung natürlich nur die sinnige Ehrung eines teuren Vorstorbenen und die Leipziger Volkszeitung macht den Tamtam dafür in der oben abgedruckten Anzeige.

Eine recht hübsche Zusammenstellung! Es fehlt nur noch eine Aufklärung über den eigentlichen Zweck, den das Tageblatt mit seiner Mühelei verfolgt.

**Sitzung des Kreisauschusses.** Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Kreishauptmann Dr. v. Ehrenstein darauf hin, daß Herr Oberbürgermeister a. D. Georgi aus dem Ausschusse der Kreishauptmannschaft ausscheidet. Er hat dem Ausschusse seit dem Jahre 1876 ununterbrochen angehört und sämtlichen Sitzungen, in denen insgesamt etwa 3000 Gegenstände erledigt worden sind, beigewohnt. Herr Dr. v. Ehrenstein gedenkt in warmen Worten dieser Stunden gemeinsamer Arbeit; namens der Staatsregierung spricht er dem Ausscheidenden den Dank für seine Thätigkeit aus und wünscht, daß auch dieser dem Kreisauschusse ein freundliches Andenken betahren möge. Herr Dr. Georgi versichert, daß ihm seine Thätigkeit im Kreisauschusse außerordentlich wertvoll gewesen sei. Der Herr Kreishauptmann ihm gegenüber gewesen; sie hätten aber auch der Stadt Leipzig, selbst in Zeiten, wo trübe Wolken über ihr standen, ihr Wohlwollen angedeihen lassen, so daß er nicht umhin könne, als Vertreter der Stadt Leipzig seinen Dank auszusprechen.

Es liegt zunächst ein Gesuch des Dr. med. Martin Paul Müller um Genehmigung zur Uebernahme und Fortführung der bisher von Dr. med. Goegel geleiteten orthopädischen Heilanstalt im Grundstück Jetter Straße 10 vor. Da alle Vorbedingungen erfüllt sind, so wird das Gesuch genehmigt.

Von der Regierung ist eine Staatsaufsicht für Gemeindebibliotheken durch die Direktion der Königl. öffentlichen Bibliothek in Anregung gebracht. Außer in Leipzig sind

Sonders wertvolle Bücher in den Gemeinde-, Volks- und Schulbibliotheken nicht vorhanden. Durch Umfrage haben sich die Städte Leipzig, Mittweida, Vorna, Hainichen und Martrant für die Städte Colditz und Pegau gegen eine staatliche Aufsicht ausgesprochen. Den letzteren Standpunkt haben auch alle Amtshauptmannschaften vertreten. Der Kreisauschuss schließt sich dem an, da ein Bedürfnis für eine solche Aufsicht, die eine weitere Vermehrung der Staatsausgaben erfordern würde, zur Zeit nicht vorliegt.

Das Gesuch der Gebr. Reimann in Leipzig um Erteilung der Genehmigung zur allwöchentlichen Abhaltung eines Konzerts mit darauf folgendem Tanz an einem Wochentage in ihrem Etablissement Stadt Nürnberg wird, da sich auch der Stadtrat dagegen ausgesprochen hat, abgelehnt.

Abgelehnt werden die Gesuche der Gastwirte A. Bremer in Leutzsch, D. Kirchhof in Paunsdorf, W. Graupner in Mäcken und E. R. Dieck in Leutzsch um Erteilung der Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Tanzmusik an allen Sonntagen im Winterhalbjahr in seinem Gasthof zum Goldenen Stern daselbst, das schon im vorigen Jahre vom Stadtrat und vom Polizeiamt befürwortet worden ist, wird genehmigt.

Der Vorsteher der Filiale der Spar- und Kreditbank in Mittweida, W. Martin in Waldheim, hat beim dortigen Stadtrat um Befreiung von der Heranziehung zum Feuerwehrdienste nachgesucht. Auf den ihm zu gegangenen ablehnenden Bescheid hat er Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft eingereicht. Der Kreisauschuss verworft die Beschwerde, da die angegebenen Gründe nicht für sich haltend erachtet wurden.

Die Genehmigung bezüglich der Uebernahme bleibender Verbindlichkeiten auf die Stadtgemeinde Grimma anlässlich der Einlegung der Wasserleitungsröhre in die fiskalische Grimma-Wurzener Straße, ferner einer solchen auf die Stadtgemeinde Rostwein, betreffend eine Schleusen- und Fuhrwegherstellung, sowie die der Stadtgemeinde Leisnig anlässlich der Uebernahme eines Teiles des fiskalischen Strahengeländes in städtisches Eigentum, wird erteilt.

Schließlich kam noch die Vereinigung der Landgemeinden Grassdorf und Cradefeld mit der Stadtgemeinde Taucha zur Sprache, die, da innerhalb der Gemeinden, teils in Vermählungen, teils im Gemeinderat Stimmen gegen die Vereinigung laut geworden sind, als vorläufig erledigt angesehen wurde. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Oberverwaltungsgericht. Eine für die Ortsarmenverbände sehr wichtige Entscheidung hat in seiner letzten Sitzung der 1. Senat des höchsten sächsischen Gerichts für Verwaltungsangelegenheiten unter dem Vorsitz des Herrn Präsidenten Freiherrn v. Bernow gefällt. Der Ortsarmenverband Leipzig klagt gegen den Ortsarmenverband zu Groß-Steinberg bei Leipzig auf Zahlung der Verlegkosten für den Handarbeiter Max Selfer. Selfer hat seine Familie in Groß-Steinberg, während er selbst in Leipzig auf Almosen wohnt und auch daselbst arbeitet. Nur Sonntags ist F. zu seiner Familie gegangen, während er sonst die ganze Woche nicht mit derselben zusammengekommen ist. Der Ortsarmenverband Groß-Steinberg bestreitet die Feststellung, daß F. Sonn- und Feiertags, sowie an arbeitsfreien Tagen zu seiner Familie gekommen ist, nicht, behauptet aber, daß dies noch lange nicht genüge, Groß-Steinberg als Unterstützungswohnort anzusehen. Der Ortsarmenverband Leipzig klagt bei der Amtshauptmannschaft Leipzig auf Zahlung, wurde aber abgewiesen. Gegen diese Entscheidung legte Leipzig die Berufung ein, die aber vom Oberverwaltungsgericht verworfen wird, da Selfer schon über zwei Jahre nicht mehr in Groß-Steinberg wohne, sondern sich in Leipzig aufhalte. Die Kosten hat Leipzig zu tragen.

Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Wendlersche Freischule. Diejenigen Eltern und Vormünder, die für Oktober 1902 um Aufnahme ihrer Kinder und Pflegebefohlenen in die Wendlersche Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben sich entweder Dienstag den 19. oder Freitag den 22. November nachmittags 2 Uhr in der Ratsschule, Bübnerstraße 3, persönlich mit den Kindern einzufinden und zugleich Tauf- und Impfscheine der Kinder vorzulegen.

Von der Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn ist in Aussicht genommen worden, die Endstation der Linie Gohlis-Augustusplatz-Bestaalozstraße von der letztgenannten Straße nach der Ecke der Kaiser Wilhelm- und Kronprinzstraße zu verlegen. Es wird dadurch den Bewohnern der Dinsdorf- und Kaiser Wilhelm-Straße, sowie der anliegenden Straßen, eine direkte Verbindung nach dem Augustusplatz geboten, während sie bisher, wenn sie den genannten Platz erreichen wollten, an der Tauchnitz-Brücke umsteigen mußten. Die Aufstellungsgelände für den Endpunkt an der Kronprinzstraße sind noch von der früheren Linie Kaiser Wilhelm-Straße-Gohlis vorhanden. Vom Rate ist die neue Linienführung genehmigt worden.

Muffen erregt in Plagwitz, wie die Westend-Zeitung mitteilt, die vor einigen Tagen erfolgte Verhaftung der beiden Chefs einer dortigen großen Rohstofffabrik; über die Veranlassung dazu kursieren verschiedene Gerüchte.

Selbstmorde. Durch Ausschneiden einer Pulsader nahm sich am Sonnabend im Grundstücke Bernhardtstraße 53 in Sella-Hausen eine aus Carzdorf gebürtige 63 Jahre alte Frau das Leben. Das Motiv zu dem Selbstmord ist unbekannt. Erhängt aufgefunden wurde gestern früh in der Nähe des Müdenschlößchens ein vermutlich von Raumburg hierher gekommenes Liebespaar. Die Leichen sind an die Anatomie abgeliefert worden. Nach den Papieren, die in den Kleidern vorgefunden worden sind, heißt der Mann Hermann Merseburger und seine Geliebte Emma Seibler.

In der Nähe der Streitholzbrücke ist gestern nachmittag der Leichnam eines Mannes aufgefunden worden, der sich durch einen Revolvererschuss selbst getötet hat. Man erkannte in dem Toten den aus Stumsdorf gebürtigen 41 Jahre alten Direktor Otto Hermann Gramm von der Börsiger Bank. Ob der Weggrund zu diesem Selbstmord etwa auch mit der letzten hiesigen Bankkatastrophe in Verbindung zu bringen ist, ist noch nicht näher bekannt geworden.

Einen Selbstmordversuch machte am Sonnabend ein aus Nottingham gebürtiger 46 Jahre alter Musterzeichner, indem er in einem Leich an der Merseburger Straße in Dresden sprang. Der Lebensmüde wurde aber von einem Unteroffizier des 134. Regiments gerettet und später in das Plagwitzer Krankenhaus gebracht.

Vom Tode überreift wurde heute früh am Gohliser Exerzierplatz ein Mann, als er sich auf dem Wege zur Stadt befand. Die Todesursache ist Herzschlag. Vermutlich ist der Verstorbene ein Gärtner aus der Dorotheenstraße in V.-Gohlis; doch ist seine Persönlichkeit noch nicht rekonstruiert.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute früh in der Petersstraße. Es sind dort vom Dache des Grundstücks Bedigs Passage zwei Männer, ein in Bitterfeld wohnender Dachdecker, sowie ein am Ransstädter Steinwege wohnender Arbeiter, fünf Stod herunter in einen Nichtsloch, zunächst durch ein Glasdach und dann noch durch ein Drahtgitter, gestürzt und in einer Niederlage liegen geblieben. Die Männer wurden mit schweren Verletzungen aufgehoben und in das Krankenhaus gebracht. Augenzeugen wollen gesehen haben, daß sich die Verunglückten auf dem Dache genickt und geschubbt haben, wobei sie das Uebergewicht bekamen.

Platin-Diebstahl. Nach einer hierher gelangten Mitteilung sind aus einer ausländischen staatlichen Pulverfabrik zwei Kesselbehälter aus Platin mit den dazu gehörigen Spiralschrauben gestohlen worden. Diese Behälter haben ein Gewicht von je 10 Pfunden. Der Metallwert beträgt 100 000 Mark. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Platin als Bruch in Deutschland zum Verkauf kommt; etwaige Wahrnehmungen hierüber würden der Kriminalabteilung anzugehen sein.

Keine Vollzeitschichten. In der Nacht zum Sonntag wurde aus einem Lokale am Königsplatz ein langer, schwarzer Gummimantel und ein brauner, weicher Filzhut gestohlen. — In derselben Nacht wurde aus einem Lokal am Rostplatz ein dunkelbrauner Winterüberzieher mit grau- und weißfarbigen Futter und der Firmenbezeichnung Friedrich Dierks, Dieselsel, im Stoffbeutel, sowie ein schwarzer, weicher Filzhut mit weißem Futter von der Firma Schner in Dieselsel gestohlen. Dieses letzte Diebstahls verdächtig ist ein etwa 26 bis 28 Jahre alter unbekannter Mensch von mittlerer Größe, mit schwarzem Haar und dunklem Schnurrbartchen, bekleidet mit einem dunklen Jackett-anzug.

In der Markthalle ist am Sonnabend ein schwarzlederernes Portemonnaie mit 206 Mk. Inhalt, darunter 2 Hundertmarktscheine, abhandelt gekommen.

Einbrecher haben in der Nacht zum Sonntag aus dem Comptoir eines Steinmetzgeschäftes in der Nähe von Handelsbad einen eisernen Geldschrank entsernt, diesen mit einem Handwagen eine Strecke weit fortgeführt und dann aufgesprengt. Die schwere Arbeit war aber umsonst, denn in dem Geldschrank befanden sich nur Bücher. Die Diebe mußten sich mit einigen Postwertzeichen und Cigarren begnügen, die sie in dem Comptoir voranden. Vermutlich haben sich die Einbrecher beim Öffnen des Schrankes statt mit Wäse befaßt.

In der Nacht zum Sonnabend wurde in einem Geschäft der Reichstraße ein Einbruchdiebstahl verübt. Dabei fielen dem Diebe 380 Mark in die Hände.

Auf der Südstraße kam am Sonnabend die Ehefrau eines Postkassners beim Ueberfahren von der Straßenbahn zu Falle. Die Frau hat sich dadurch mehrere, zu ihrem Glücke anscheinend unbedeutende Kopfverletzungen zugezogen.

Gestern früh entstand in einer Wohnung der Unteren Georgstraße in V.-Gohlis ein Gardinenbrand, den die Hausbewohner unterdrückten.

An der Ecke des Gerichtsweges und der Eisenburger Straße fand am Sonnabend ein Wasserrohrbruch statt. Es wurden die erforderlichen Vorkehrungen sofort getroffen.

In einer Restauration der Kirchstraße zu V.-Volkmarndorf geriet gestern vormittag die Diele unter dem Ofen in Brand, so daß der Ofen unzulänglich drohte. Die Feuerwehr beseitigte sofort die Gefahr.

Eines nichtswürdigen Betrugses machten sich drei aus Hohe Sonne, Sommer und Jeknitz gebürtige, zum Teil schon schwer vorbestrafte Kellner schuldig. Diese wußten, daß ein auswärtiger Oberkellner hier in Stellung zu treten beabsichtigte. Darauf bauend, lockten sie den Oberkellner mittels eines gefälschten Briefes nach Leipzig. Hier gab sich einer von ihnen dem Oberkellner gegenüber als Geschäftsführer eines größeren Etablissements aus, engagierte ihn und nahm ihm, was die Hauptsache war, eine Kaution von 250 Mk. ab. Diesen Betrag haben die drei Gauner dann unter sich verteilt und verjubelt.

In Haft genommen wurde in der Person eines aus Thonberg gebürtigen 24 Jahre alten Handarbeiters jener Betrüger, der, wie kürzlich berichtet wurde, in zahlreichen Fällen in Abwesenheit hiesiger Wohnungsinhaber angeblich bestelltes Holz brachte und sich dafür von den Dienstboten viel mehr bezahlte, als die von ihm gebrachte Holzmenge wert war.

Am Sonnabend wurde in einem Grundstücke der Deplastrasse ein schon vorbestrafter 17 jähriger Arbeiter aus Bzdau dabei abgefaßt, als er aus dem Korridor einer Wohnung einen wertvollen Anzug stahl. Der Dieb wurde nach einem mißglückten Fluchtversuch der Polizei übergeben.

Dier ermittelt und festgenommen wurde ein von der Staatsanwaltschaft Altona wegen Diebstahls stechbrieflich verfolgter Eisenbrecher aus Neuschönfeld.

Eine aus Chemnitz gebürtige 38 Jahre alte Arbeiterin aus V.-Neubitz stahl in einem Restaurant der Feldstraße in V.-Neubitz einem Gaste das Portemonnaie mit einem bedeutenden Geldebetrage. Ehe die schon oft vorbestrafte Person ihren Raub in Sicherheit bringen konnte, wurde sie entdeckt und in Haft genommen.

Probstheida. In welcher Weise mitunter gegen den drohenden Umsturz gekämpft wird, zeigt sich recht drastisch an einigen in jüngster Zeit hier vorgekommenen Fällen, die eines humoristischen Belgeschmacks nicht ganz entbehren. Um auch seinen Beitrag zu leisten zur wirksamen Bekämpfung des Arbeitervereins, der vielen ein Dorn im Auge ist, unternahm es ein geistreicher Mensch, die Anschlagstafel des Arbeitervereins aus der Gaststube des Gasthofes zu stehlen und zu vernichten. Wie man uns versichert, soll dieser sonderbare Ordnungsbild sogar früher Mitglied des Arbeitervereins gewesen sein. Diese kindliche That wird ihm gewiß das wohlverdiente Mittel und die Berachtung aller anständigen Menschen einbringen. Aber auch sonst ist man eifrig bemüht, seine patriotische Bestimmung recht offen zur Schau zu tragen. Namentlich einige, dem Arbeitervereine gehörige Wiber von Bebel und Liebknecht scheinen es den Herren Patrioten angetan zu haben. Wenn sich die Herren Militärveterane beim Anblick dieser staatsgefährlichen Wiber in ihren patriotischen Gefühlen verletzt fühlen und nicht mehr in diesem Zimmer tagen wollen, so kann man das allenfalls noch verstehen; wenn aber auch noch die Mitglieder eines in demselben Zimmer seine Sitzstunden abhaltenden Quartettvereins, der fast nur aus Arbeitern besteht, den Anblick jener unschuldigen Wiber nicht mehr ertragen können, so wirkt das geradezu komisch. Schlimm genug, daß sich überhaupt Arbeiter, die intelligent sein wollen, zum Prellbock für andere, im Hintergrunde stehende Leute hergeben.

Bei dieser Gelegenheit mag übrigens auch einmal ausgesprochen werden, wie wenig Verständnis die Arbeiterchaft Probstheidas den Bestrebungen des Arbeitervereins entgegenbringt. Der allergrößte Teil der ausgeklärt sein wollenden Arbeiter schlägt sich lieber bürgerlichen Vereinen an, was ja auch viel schmerzlicher ist, da man bei

nirgends anerkt und sich nicht der Gefahr aussetzt, für einen Umstürzler gehalten zu werden. Aber wir können den Arbeitern Probstheidas in ihrem eigenen Interesse nur raten, dem Arbeiterverein beizutreten, der bestrebt ist, seine Mitglieder durch Abhaltung von Vorträgen und Diskussionen zu belehren. Auch ist jedermann Gelegenheit geboten, durch Benützung der guten und reichhaltigen Vereinsbibliothek seine Kenntnisse zu bereichern.

Von Nah und Fern.

Gefcheitert. Dinkirchen, 16. November. Seeleute haben gestern in den Hafen eine Fischerbarke eingebracht, welche sie mit dem Kiel nach oben angetroffen hatten. Man vermutet, daß die Barke während des Sturmes gefcheitert ist, der an den Küsten in den letzten Tagen herrschte. Die neun Mann der Besatzung gelten als verloren.

Schiffszusammenstoß. Antwerpen, 16. November. In vergangener Nacht stieß auf der Schelde bei Terneuzen der von Antwerpen nach Bristol gehende englische Dampfer Alina mit dem von Huelva kommenden englischen Dampfer Ven Lomond zusammen. Alina sank schnell, die Mannschaft flüchtete sich in die Masten und wurde von dem Ven Lomond gerettet mit Ausnahme von drei Deuten, die ertrunken sind.

Ein österreichischer Fall Drehfus. Semberg, 18. November. Im Jahre 1890 wurde vom Landgericht Kralau wegen angeblicher Spionage, begangen durch Diebstahl von Fortifikationsplänen ein gewisser R. Stiller zu 4 Jahren Kerker verurteilt. Derselbe, welcher die verhängte Strafe bereits verbüßt hat, wurde jetzt im Revisionsverfahren vom Erkenntnisgericht vollständig freigesprochen.

Der Nebel. London, 18. November. Der dicke Nebel hat sich auf einen großen Teil Südenslands ausgebreitet und verursacht viele Unglücksfälle. In der Themse ist ein aus Spanien eingetroffener Dampfer in den Grund gehohrt worden. Ferner kollidierten beim Bahnhof von Brighton zwei Postzugzüge, wobei 17 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Dynamitattentat auf einen Eisenbahnzug. Reihort, 16. November. Man hat den Versuch gemacht, einen Expresszug der Northern-Central-Eisenbahn zwischen Harrisburg und Baltimore mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Drei Wagen wurden zur Entgleisung gebracht. Personen wurden nicht verletzt. Man glaubt, daß die Verbrecher es darauf abgesehen hatten, im Zuge befindliches Geld zu rauben.

Nach einer späteren Meldung verhaftete die Polizei vier Mechaniker unter dem dringenden Verdacht, die Urheber des Dynamitanschlags gegen den Wllyzug gewesen zu sein.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag den 18. November: 814. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot): Ein Sommernachtstraum.

Dramatische Dichtung in 3 Akten, nach Shakespears von Schlegel, für die deutsche Bühne eingerichtet von Tieck.

Musik von Mendelssohn-Bartholdy. Regie: Ober-Regisseur Adler. — Direktion: Kapellmeister Post.

Table listing cast members for 'Ein Sommernachtstraum' including Thea, Hippolyta, Egeus, Oberon, Titania, Puck, and others, with their respective roles and names.

Die Länge u. Gruppirungen arrangiert vom Balletmeister J. Hollnelli, ausgeführt von Frl. Gruby, Frl. Schäfer und dem Ballet-Perfonal. Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 9 Uhr. Ende gegen 1/10 Uhr. Opern-Preise. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 11-8 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1-8 Uhr. (Jedes Billet welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeb.)

Spielplan: Dienstag: Haus Rosenhagen. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch: Geschlossen. — Donnerstag: Samson und Dalila. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der fliegende Holländer. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Die goldne Eva. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Montag den 18. November. Der Waffenschmied.

Römische Oper in 3 Akten. Musik von G. H. Börging. Regie: Herr Marion. — Direktion: Musikdirektor Krause.

Hans Stadinger, ein berühmter Waffenschmied und Tierarzt. Marie, seine Tochter. Graf Nebenau. Graf, sein Knappe. Adelshof, Ritter aus Schwaben. Brenner, Gastwirt und Stadingers Schwager. Jerntraut, Haushälterin im Hause des Waffenschmieds und Erzherlin Mariens. Ein Schmiedegessele. Bürger und Bürgerinnen. Ritter. Gerolde, Knappen, Pagen, Schmiedegessele. Volk. — Ort der Handlung: Worms.

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt. Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 9/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Opern-Preise. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10-8 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1-8 Uhr an der Tageskasse (mit Aufgebeld von 30 Pfg. pro Billet). Spielplan: Dienstag: Die Tochter des Regiments. Anfang 7/8 Uhr. — Mittwoch: Geschlossen. — Donnerstag: Madame Sans-Gêne. Anfang 7/8 Uhr. — Freitag: Die offizielle Frau. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Boccaccio. Anfang 7/8 Uhr.







würde nach dem Vorschlag Siefert's unter Umständen zu einer allmählichen Organisierung des Verbandes vorwärts kommen.

Pod-Verpögn-Conventh vertritt die Meinung von Siefert und Lorenz. Er weist auch auf die Verdienste hin, die der Verband vorwärts um die Gründung der Großverkaufsgesellschaft in Hamburg habe.

Sammer bemerkt, daß auf dem nächsten Genossenschaftstage die prinzipielle Frage zur Entscheidung gebracht werden müsse ob es anständig sei, daß Herr Crüger so aus eigener Machtvollkommenheit über Aufnahme oder Nichtaufnahme entscheiden könne.

Zu übrigen war die Debatte ohne neue Gesichtspunkte. Es wurde einstimmig beschlossen, den Verband weiter bestehen zu lassen. Die Resolution Sammer lehnte man gegen 10 Stimmen ab. Damit waren die Verhandlungen beendet.

**Vereine und Versammlungen.**

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Holzarbeiter nahm zunächst die Abrechnung vom 3. Quartal entgegen. Dem H. G. H. wurde auf Antrag der Revisoren, welche Bücher, Verzeichnisse und Kasse in der besten Ordnung gefunden haben, Decharge erteilt.

Hierauf nahm die Versammlung Stellung zu dem Beschluß des Hauptvorstandes, die Angelegenheit betr. Ausschluß Lippmanns in einer nochmaligen Mitgliederversammlung zu behandeln. Der Bevollmächtigte H. G. H. er respektvoll zunächst den Beschluß der Versammlung vom 7. September in Sachen Lippmanns. Wenn diese Angelegenheit heute nochmals zur Erörterung stehe, so sei dies auf Veranlassung des Hauptvorstandes geschehen. Derselbe habe den Antrag auf Ausschluß Lippmanns aus der Organisation nochmals an eine Mitgliederversammlung zurückerwiesen mit der Aufforderung, die Gründe hierfür der Versammlung zu unterbreiten. Nebenbei verleiht das Schreiben des Hauptvorstandes und führt hierzu aus, daß der Beschluß des Hauptvorstandes erklärlich wäre, da dieser noch nicht mit einer solchen Person zu thun gehabt habe. Nach der Meinung des Hauptvorstandes hätte man zu Lippmann sagen müssen: Wir haben uns in Dir getäuscht; Du bist noch nicht fähig, einen verantwortlichen Posten bei uns zu bekleiden. Hätte man dies wirklich zu Lippmann gesagt, so wäre schon seit langem die heftigste Opposition ausgebrochen, da man angenommen hätte, Lippmann solle unterdrückt werden. Nebenbei schildert, wie man aus taktischen Gründen nicht immer mit den Arbeiten Lippmanns hätte einverstanden sein können, ferner, was für nichtige Gründe die Drechsler und Stellmacher zur Begründung ihrer angeblichen Benachteiligung bisher haben anführen können. Über schon seit langem habe Lippmann in die kleinen Branchenversammlungen die Opposition hineintragen wollen; dies beweise der Verlauf einer Modelliererversammlung vom vorigen Jahre, zu der Lippmann als Meserent engagiert war. Die Mitglieder würden sich aber wundern, weshalb die Lokalverwaltung den Ausschluß Lippmanns beantragte. In den bisher angeführten Thatsachen sei auch der Grund nicht zu suchen; die Sache liege tiefer. Nebenbei führt das Schreiben Lippmanns seit Ausbruch der Opposition an; wie dieser hiernach in den Branchenversammlungen aufgetreten sei und dieselben Verwaltungsbeamten in der größtmöglichen Weise beleidigt habe; erst hierauf sei der Ausschluß beantragt worden. In sechsständiger Sitzung, zu der sämtliche Vertrauensleute der Zahlstelle, sowie eine Kommission der Drechsler geladen waren und an der im Auftrage des Hauptvorstandes H. G. H. Leipart teilgenommen hat, habe man sich mit den Beschwerden der Drechsler und Stellmacher befaßt. Da die Kommission der Drechsler keine schwerwiegenden Gründe für eine Benachteiligung habe anführen können, sei es derselben anheim gegeben worden, in nächster Drechslerversammlung eine Einigung wieder herbeizuführen. Anstatt nun diesem Wunsche aller Vertrauensleute gerecht zu werden, habe man, ungeachtet einer vermittelnden Resolution Leiparts, bei dieser Drechslerversammlung beibehalten, beschlossen, eine Lokalorganisation der Drechsler zu gründen. Um nun diese Organisation lebensfähig zu gestalten, habe Lippmann an die Gewerkschaften der Barbier, Dachdecker und Schmiede Sammellisten gesandt zwecks materieller Unterstützung. Wenn die Gründe, die in der Versammlung vom 7. September für den Ausschluß Lippmanns angeführt worden sind, dem Hauptvorstande noch keine genügenden für eine Bestätigung des Ausschlusses waren, so müsse das Verhalten Lippmanns in der letzten Zeit jetzt bestimmend sein, nunmehr dem Antrage gerecht zu werden. Lippmann hätte besser gethan, in der Zeit, wo der Antrag auf seinen Ausschluß dem Hauptvorstande noch zur Bestätigung vorlag, sich ruhig zu verhalten und nicht noch zu dem alten Material neues zu liefern. An der heutigen Versammlung aber liege es, den Beschluß vom 7. September hochzuhalten.

H. G. H. stellt hierauf den Antrag, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen; dies wird aber einstimmig abgelehnt.

Hierauf erhält Lippmann zu seiner Verteidigung das Wort. Er legt seinen ersten Ausführungen den Versammlungsbericht vom 7. September zu Grunde und wendet sich zunächst dagegen, daß man in der fraglichen Versammlung drei Stunden gegen ihn polemisiert habe, ohne daß er sich verteidigen konnte. Man habe die Bewegung der Drechsler und Stellmacher nicht beachtet, obwohl bereits vor zwei Jahren unter den Drechsler Unzufriedenheit mit dem Verwaltungssystem herrschte; er sei damals dagegen aufgetreten, ebenso, wie in der von Börner erwähnten Modelliererversammlung, in der auch gegen das Verwaltungssystem opponiert wurde. Diese Opponenten habe er angewiesen, sich beschwerdeführend an die Lokalverwaltung zu wenden. In dem fraglichen Berichte stehe, es wären alle Wünsche der kleinen Branchen befriedigt, namentlich alle Streikgesuche derselben unterstützt worden; dies sei nicht der Fall gewesen. Erst in jüngster Zeit sei es über vernommen worden, daß die Streitenden von Schütz eine höhere Unterstützung erhalten haben, als die ausständigen Drechsler von Groß. Man habe sich seiner Zeit von einem Drechslerstreik viel versprochen, die Lokalverwaltung habe aber einen solchen nicht befürwortet. Um unter den Drechsler ein gutes Organisationsverhältnis zu schaffen, hätte im vorigen Jahre etliche Kollegen einen Verein gegründet. Er habe diesen Verein mit unterdrücken helfen und zwar, wie er heute einsehe, zu Unrecht, denn man hätte mindestens nach den Ursachen forschen sollen, die den Drechsler Anlaß zur Gründung eines derartigen Vereins gaben und dementsprechend Konzeptionen machen müssen. In der Versammlung vom 7. September habe er nicht anwesend sein können, da er an diesem Tage eine Versammlung der Drechsler und Stellmacher arrangiert hatte, die er nicht verschieben konnte, da hierzu die Flugblätter bereits angefertigt waren. Er habe nicht gewußt, daß an demselben Tage eine Mitgliederversammlung stattfinden sollte. Die ganze Opposition sei von den Drechsler ausgegangen und H. G. H. Leipart habe auch die Opposition insofern als zu Recht bestehend bezeichnet, als er ausgeführt habe, die Interessen können nicht vertreten werden, da die kleinen Branchen in der Verwaltung nicht genügend vertreten würden. Wenn Börner sage, Leipart könne ihn (Lippmann) nicht so müsse er sagen, Leipart kennt aber die Verwaltung. Unbegreiflich wäre es ihm daher, wie der Hauptvorstand von der heutigen Versammlung ein ausführliches Protokoll verlangen könne. Von einem sachlichen Bericht könne doch nicht die Rede sein, da der amtliche Schriftführer seiner Gegenpartei angehöre. In seiner Branche sei eine große Anzahl Kollegen, die eingesehen haben, daß das Verwaltungssystem geändert werden müsse und es sei auch der Grund vieler Austrittserklärungen in diesem System zu suchen. Wenn der bestehende Verein der Drechsler jetzt auch noch schwach sei, so werde er doch von verschiedenen Gewerkschaften materiell unter-

stützt. Zu diesem Zwecke habe er die fraglichsten Sammelstellen herausgegeben; dies sei aber erst dann geschehen, nachdem ihm die betr. Gewerkschaften (Barbier, Dachdecker und Schmiede) finanzielle Unterstützung vorher zugesichert haben. Diese Gewerkschaften habe die Lokalverwaltung zu beeinflussen gesucht, wie diese überhaupt mit den kleinlichen Mitteln gearbeitet habe, um die Opposition zu unterdrücken. So wären z. B. an die Weisfäherer Circulars gerichtet worden, wonach einem jeden Drechsler die Zeitung zu entziehen sei, sobald dieser mit den Beiträgen drei Wochen restierte. Die Verwaltung habe gewußt, wer alles zu der Zwölferkommission gehörte; sie hätte diese also anfordern können. Auch das Verammlungsprotokoll hätte man ihnen abgetrieben; die dem Wirt hierdurch entstehenden Unkosten hätte man aber trotz des gegebenen Versprechens nicht gedeckt. Die Stellmacher haben ihre Lohnbewegung im vorigen Jahre zwar erfolgreich durchgeführt, aber durch den Bezug vom Lande würden die Erzeugnisse wieder illusorisch gemacht; es müßten deswegen Wege gesucht werden, um die Indifferenten aufzuklären. Sie wollten daher mit allen Stellmachern Deutschlands in Verbindung treten, um auf Konferenzen über die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Stellmacher zu beraten. Wegen des Holzarbeiterverbandes habe er (Lippmann) nicht gearbeitet; sie wollten durch ihre jeßige Bewegung nur mehr Rechte erlangen; innerhalb der Verbandsstatuten hätten sie dies aber nicht gekonnt, deswegen hätten sie außerhalb derselben gearbeitet. Der Hauptvorstand gebe in einem an ihn gerichteten Schreiben zu, daß die Differenzen nur infolge sachlicher Meinungsverschiedenheiten herbeigeführt sind. (Nebner wird durch viele Schlußrufe unterbrochen; der Vorsitzende ersucht die Mitglieder wiederholt um Ruhe.) Lippmann bemerkt noch, daß seine Ausführungen doch zwecks seien, weil die von ihm innegabenden Aemter bereits wieder besetzt seien; als Stellmacher aber habe er nicht anders, als wie gesehen, handeln können.

H. G. H. führt zu dieser einständigen Verteidigung Lippmanns aus, daß dieser die Thatsachen hier falsch vorgetragen hat. Gerade er (Nebner) sei es gewesen, der anlässlich der Streitigkeiten einen vermittelnden Standpunkt eingenommen habe. Lippmann sei auf Grund persönlicher Verhältnisse vor zwei Jahren in die Organisation eingetreten und aus seinem bisherigen Verhalten in derselben spreche der nackte Egoismus; stets sei Lippmann bemüht gewesen, seine Person im vollsten Lichte strahlen zu lassen, hierfür können viele Beweise angeführt werden. In vielen Sitzungen habe man sich mit Lippmann beschäftigt und dabei manche Stunde Schlaf geopfert; aber alle Verwarnungen hätten nichts genützt. Von einer Benachteiligung könne nicht die Rede sein. Die letzte Lohnbewegung der Stellmacher sei vom Hauptvorstand finanziell nicht unterstützt worden, deswegen sind die Kosten dieses Streiks aus der Lokalkasse gedeckt worden. Man sehe in den verschiedenen Unterstützungsfragen zwischen den Drechsler von Groß und den Tischler von Schütz eine Benachteiligung der Drechsler; der Unterschied in der Unterstützung erkläre sich aber, wenn man bedenke, daß die Drechsler von Groß ihren wöchentlichen Durchschnittsverdienst selbst auf nur 12 M. angaben; gleichwohl sei ihnen vom Hauptvorstand 18 M. wöchentliche Unterstützung gewährt worden. Den Geselligen Verein der Drechsler habe man damals bekämpfen müssen, da die Drechsler sowieso schon über die Höhe der Beiträge klagten und sie durch diesen Verein noch mehr hätten steuern müssen. In den Versammlungen haben die Drechsler den freiesten Spielraum gehabt, um die Geselligkeit zu fördern, aber der persönliche Haß hinderte sie hieran. Wenn die Lokalverwaltung die sogen. Zwölferkommission nicht angeht, so sei dies nur zu Recht geschehen, da zu derselben Streikbrecher und Indifferenten gehörten. In sechsständiger Sitzung habe man Stellung zu den Beschwerden der Drechsler und Stellmacher genommen; wesentliche Gründe für eine Benachteiligung habe man aber nicht anführen können. Der Vertreter des Hauptvorstandes, H. G. H. Leipart, habe zwar ausgeführt, daß die Verwaltung ab und zu kleine Fehler gemacht habe, aber er habe auch zugegeben, daß an den örtlichen Bestimmungen für die Sektionsleiter z. nichts auszusetzen sei. Aber die Ursache der Differenzen liege tiefer. Bereits auf dem letzten Verbandstage haben Nebner vor einem großen Ausbruch des Sektionswesens gewarnt, da hierdurch erst in die Branchen die Streitigkeiten getragen würden und dieses sei in Leipzig der Fall, wie dies ja die Differenzen beweisen. Wenn Lippmann behauptete, er habe als Sektionsleiter stets seine Pflicht gethan, so sei dies falsch. Als die Lohnbewegung der Stellmacher stattfand, habe Lippmann sich um diese fast gar nicht bekümmert; an dem Sonntag aber, als der Streik in einer Versammlung als beendet erklärt wurde, habe Lippmann vorgezogen, im Übergarten als Kommissionenmitglied anwesend zu sein. Nachdem die Drechsler beschlossen hätten, der Organisation die Beiträge zu entziehen, sei es Pflicht der Verwaltung gewesen, ihnen die Zeitung vorzuhalten. Wenn Lippmann ferner behauptete, die fraglichen Gewerkschaften hätten ihnen zur Durchführung ihres Planes (Gründung einer Lokalorganisation) materielle Unterstützung zugesichert, so weise er, Nebner, auf die Ausführungen des Schmiedes Genossen Ritter hin, der in letzter Stellmacherversammlung u. a. die Erklärung abgegeben habe, zu solchem Vorhaben nie die Hand zu bieten. Lippmann habe aber gewußt, daß er mit seinem Treiben gegen die Organisation verstoße; denn er habe sich bereits beim Ausbruch der Differenzen als Märtyrer seines Massenbewußtseins bezeichnet, als einen, dem man ob seiner Ueberzeugung von der Organisation auszuscheiden würde; er habe also damit zugegeben, daß sein Treiben ein organisationschädliches ist. Aber man habe all das Material, das dazu dienete, den Ausschluß Lippmanns zu begründen, noch nicht ausreichend ausgenutzt; er verweise nur auf die Versammlung, die sich mit der Gehaltsberhöhung für den Beamten beschäftigte. Hierin habe Lippmann die Verwaltungen, welche Befürworter der Gehaltsberhöhung waren, als Clique und als eine Versuchsausgesellschaft bezeichnet. Er (Nebner), der jahrelang im Dienste der Organisation tätig sei, würde sich ganz entschieden dagegen verwahren, wenn er einer Person zuliebe dieser auf Kosten der Organisation einen perfürten Vorteil verschaffen solle; ebenso würde er sich gegen den Ausschluß Lippmanns wenden, wenn dieser als Verwaltungsperson ruhig seine Pflicht gethan hätte. Aber auch Führer anderer Gewerkschaften hätten ihre Vertretung darüber ausgesprochen, daß eine Organisation, wie die der Holzarbeiter, der Stolz in der Leipziger Arbeiterbewegung, noch eine solche Person, wie Lippmann, dulden könne und denselben nicht längst schon ausgeschloffen habe. Der Beschluß des Hauptvorstandes ist wohl nur dessen Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse zuzuschreiben und wohl auch nur eine Folge von dem Verteidigungsschreiben Lippmanns, worin dieser drei Verwaltungspersonen der Intrigue gegen ihn bezichtigte. Wenn aber nunmehr die Bestätigung des Ausschlusses Lippmanns verlangt wird, so beweise der Hauptvorstand nur, daß sich derselbe nicht auf den Standpunkt stellt, selbst Streikbrecher nicht auszuscheiden, was ja auch kürzlich der Zahlstelle keine passiert sei. Er (Nebner) appelliere aber an die Mitglieder, den Beschluß vom 7. September hochzuhalten.

H. G. H. nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf die Lohnbewegung der Stellmacher, bei welcher Lippmann eine so passive Rolle gespielt habe. Er weist dies weiteren darauf hin, daß die kleinen Branchen in den Verwaltungen oft stärker vertreten waren, als die Tischler. Wenn man Lippmann aus der Organisation ausgeschloffen habe, so sei dies nur zu Recht geschehen. Lippmann möge hieraus Lehre annehmen, und wenn er später, an Aufklärung reicher, wieder in die Organisation eintreten wolle, dann stehe ihm dies frei. Verzuge der Hauptvorstand aber jetzt seine Bestätigung zu diesem Ausschluß, so thue es ihm (Nebner) leid um jeden Streikbrecher, der bis jetzt aus der Organisation entfernt worden ist.

A. B. n. e. r. unterbreitet hierauf der Versammlung eine Reso-

lution, die dahin geht, den Beschluß vom 7. September hochzuhalten. — Derselbe wird unterstützt.

Der nächste Redner, H. G. H., führt aus, daß die Lokalorganisation der Drechsler nur 21 Mitglieder zähle; auf den ausgegebenen Listen seien bis jetzt 1.75 M. gesammelt. Man habe keine Ursache gehabt, den Wünschen der kleinen Branchen Rechnung zu tragen, da auf dem letzten Verbandstage beachtenswerte Stimmen gegen das Sektionsystem laut geworden sind. Wegen dem Ausschluß Lippmanns sei er anfangs auch gewesen, aber nicht deshalb, weil er die Treiberei Lippmanns als seine Gründe hierfür betrachtet habe, sondern weil er ihm (Lippmann) auf Grund eines das Benehmen Lippmanns bezeichneten Artikels als krankhaft veranlagt gefeltet sei. Nebenbei wendet sich namentlich gegen die ihm von Lippmann in dessen an den Hauptvorstand gerichteten Verteidigungsschreiben gemachte Unterföhlung, wonach er dritten Personen gegenüber geküßert haben soll, es seien nur zwei Verwaltungsmittelglieder, die Lippmann unterdrücken wollten. Nebenbei beantragt, über das Schreiben des Hauptvorstandes zur Tagesordnung überzugehen.

Dies wird abgelehnt; inzwischen ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen; derselbe wird mit geringer Majorität angenommen. Hierauf meldet sich Lippmann nochmals zum Wort; er wird auf den Schlußantrag, nach dessen Annahme seinen Redner das Wort mehr erteilt werden kann, hingewiesen.

M. e. u. s. c. h. beantragt hierauf, noch einen Vertreter der Sektionsleitung der Stellmacher sprechen zu lassen; dieser Antrag wird angenommen. H. G. H. schildert das Benehmen Lippmanns in seiner Arbeitsstelle, ferner, wie dieser die Sektionsleitungsmitglieder immer von dem jeweiligen Beschluß der Lokalverwaltung abschließend falsch unterrichtet hätte und wie sie von Lippmann förmlich terrorisiert worden wären.

Hierauf wird die Resolution einstimmig angenommen. Es finden noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen statt und zwar bemerkt Lippmann zunächst, daß ihm M. e. u. s. c. h. seine Zeit gesagt habe, er (Lippmann) werde im Übergarten notwendiger gebraucht als in der Stellmacherversammlung; deswegen sei er dieser fern geblieben. Seine Behauptung über Verleumdung M. e. u. s. c. h. er aufrecht erhalten, da dieselbe so, wie er sie in seinem Verteidigungsschreiben erwähnt habe, von Gerlichte gemacht worden sei.

H. G. H. W. i. l. s. d. o. r. f. behauptet, daß ihm durch den Schlußantrag das Wort abgeschnitten sei, da ihm durch Lippmann die schmerzlichen Verteidigungen zugefügt worden wären.

H. G. H. e. r. l. i. c. h. bezieht die Behauptung Lippmanns bezüglich der von ihm angeblich dritten Personen gemachten Aeußerungen als Lüge.

H. G. H. i. n. g. verweist sich noch gegen den ihm von Lippmann gemachten Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung. Hierauf erfolgte Schluß der von über 600 Mitgliedern besuchten Versammlung.

**Versammlung der Zimmerer.**

Am 12. November tagte in Saale des Gostenthal eine öffentliche Zimmererversammlung, in welcher Kamerad Rose über die wirtschaftliche Lage und die Arbeitgeberverbände referierte. Nebenbei auf die Metall- und Holzindustriellenverbände hin, die sich mit schwarzen Listen sehr viel beschäftigten und hohe Strafen für diejenigen aussetzten, die Arbeiter einstellten, die sich den Unternehmern nicht fügen, so wie es ihnen beliebt. Auch die Bauunternehmer schonen keine Mittel, die Arbeiter zu unterdrücken, was sie ja wieder auf dem Innungstage bewiesen haben. Da treten sie für Hebung des Handwerks ein, bringen es aber täglich mehr herunter. Sie treten für mehr Bildung der Lehrlinge, resp. der Gesellen ein, um aber bloß mehr gefüllte Leute an der Seite zu haben. Sie befehlen die hohle Ignoranz, zu behaupten, eine Wohnungsnot existiere nicht, die Arbeitslöhne seien so hoch, daß jeder Arbeiter sich eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung mieten könne, obwohl von staatlicher und städtischer Seite schon Maßregeln ergriffen sind zur Milderung der Wohnungsnot, da die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eine ganz traurige ist. Nebenbei wünscht zum Schluß, daß mehr für die Organisation agitiert wird. Kamerad Lane spricht noch über die Aufgaben der Arbeitnehmervertreter unter den Arbeiterversicherungsstellen. Hierzu wurden sechs Vertreter gewählt. Unter gewerkschaftlichem Ermahn Rose nochmals, daß die Arbeitslosen-Fragarten in Zukunft besser ausgefüllt und abgeben werden. Im weiteren verliest er noch das Schreiben der Unternehmer betreffs des Lohnarrestes, das in nächster Versammlung erlegt werden soll. Von zwei Rednern wurde noch kritisiert, daß der Antrag vom Karrel betreffs der Bauarbeiterversammlung abgelehnt wurde. Zum Schluß macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß am 1. Dezember der Unterstützungsfonds geschlossen wird und daß bis dahin jeder seine Marken haben muß, bevor er Arbeitslosenunterstützung erhält.

**Gerichtssaal.**  
**Landgericht.**

Beipzig, 15. November.

Einleichtsinniger Bursche. Der 18 Jahre alte Kaufmannslehrling St. glaubte, daß es für ihn die höchste Zeit sei, daß er das Großstadtleben genieße. Da ihm aber die hierzu erforderlichen Mittel fehlten, so betrieb er einen Handel nebenbei. Die Waren entwendete er seinem Chef und wußte die Sache so schlau anzufangen, daß er die Waren durch die Markthelfer packen ließ. Da er die Bestellzettel im Geschäft sowieso zu schreiben hatte, schrieb er dann fingierte Bestellzettel und ließ die Warenposten, teils durch einen Dienstmann, teils durch den Heklerei mit angeklagten Laufburschen J. zum Spediteur K. schaffen. Zum Weiterverkauf hatte er einen Freund, der ebenfalls mit auf der Anklagebank Platz nehmen mußte: den zwanzig Jahre alten Commis F. von hier. Ein weiterer Mitangeklagter war der Markthelfer S., der nicht nur, weil er ebenfalls Waren fortgeschafft hatte, der Heklerei beschuldigt wird, sondern er soll auch den St. erst auf die Idee gebracht haben und hat sich deshalb noch wegen Anstiftung zum Diebstahl zu verantworten. Es ist St. gelungen, in der Zeit vom Mai d. J. bis 25. September für über 1000 Mark Ware zu stehlen. Diese wurde weit unter dem Einkaufspreis verschleudert; auch hat St. seinen Helfern Beiträge bis zu 20 Mk. gegeben. Die übrigen Gelder hat er mit Halbweil und anderen Damen meist im Battenberg verschwendet. Er bekennt sich schuldig, während „sein Reiseender“, der Commis F., nicht gewußt haben will, daß die Ware auf unredtmäßige Weise in den Besitz St. gekommen ist. Zimmer habe dieser gesagt, er könne Waren für seine Verwandten zum Einkaufsdreie erhalten und das habe F. dem St. auch geglaubt. Der Markthelfer S. bestreitet auch ganz entschieden, St. zum Diebstahl angestiftet zu haben. Das Urteil lautet bei St. unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft auf 10 Monate Gefängnis; bei F. wegen Heklerei auf zwei Wochen Gefängnis; bei S. wegen Heklerei auf zwei Monate zwei Wochen Gefängnis; von der erhobenen Anklage wegen Anstiftung zum Diebstahl wird er freigesprochen und J. wird ebenfalls freigesprochen. Das Gericht ist zu dem letzten Freispruch gekommen, weil die Beweise, daß J. gewußt habe, daß die Waren gestohlen waren, nicht vollgültig erbracht worden waren.